

TO-1 Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.03.2024
Tagesordnungspunkt: 1. Eröffnung, Formalia

Antragstext

- 1 Samstag, 20. April 2024
- 2 Beginn: 10:30 Uhr
- 3 Grußworte
- 4 TOP 1 Eröffnung, Formalia
 - 5 • Antrag GO-1 Geschäftsordnung
 - 6 • Antrag TO-1 Tagesordnung
 - 7 • W-1 Wahlverfahren für Wahlen in TOP 6
- 8 TOP 2 Aktuelle Politische Lage
- 9 TOP 3 Kommunalpolitische Erklärung
 - 10 • KPE-1 "Machen, was zählt für unser Miteinander, unsere Zukunft und für
 - 11 unsere Demokratie"
- 12 TOP 4 Rechtsextremismus entgegentreten - Demokratie stärken
 - 13 • R-1 "Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde
 - 14 entschlossen verteidigen"
- 15 TOP 5 Finanzen
 - 16 • Soll/Ist-Vergleich zum 31.12.2023
 - 17 • Mittelfristige Finanzplanung bis 2028
 - 18 • Erläuterungen zum vorläufigen Soll-IST-Vergleich und der Mittelfristigen
 - 19 Finanzplanung
 - 20 • Antrag F-1 zur Anpassung des Gehaltes für den Landesvorstand ab 01.01.2025
 - 21 • Antrag F-2 zur Änderung der Finanzordnung: Einführung Sonderbeiträge
 - 22 Bezirkstag Pfalz
- 23 TOP 6 Wahlen
 - 24 • Delegierte Länderrat
 - 25 • Delegierte Bundesfrauenrat

26 TOP 7 Anträge

27 • A-1 "Familie - Ort der Vielfalt und Verantwortung gemeinsam stärken"

28 • A-2 "Jetzt den Weg frei machen für Investitionen in unsere Zukunft"

29 TOP 8 Verschiedenes

Begründung

erfolgt mündlich

TO-1NEU Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 09.04.2024
Tagesordnungspunkt: 1. Eröffnung, Formalia

Antragstext

- 1 Samstag, 20. April 2024
- 2 Beginn: 10:30 Uhr
- 3 Grußworte
- 4 TOP 1 Eröffnung, Formalia
 - 5 • Antrag GO-1 Geschäftsordnung
 - 6 • Antrag TO-1 Tagesordnung
 - 7 • W-1 Wahlverfahren für Wahlen in TOP 6
- 8 TOP 2 Aktuelle Politische Lage
- 9 TOP 3 Kommunalpolitische Erklärung
 - 10 • KPE-1 "Machen, was zählt für unser Miteinander, unsere Zukunft und für
 - 11 unsere Demokratie"
 - 12 • A-2 "Jetzt den Weg frei machen für Investitionen in unsere Zukunft"
- 13 TOP 4 Rechtsextremismus entgegenreten - Demokratie stärken
 - 14 • R-1 "Rechtsextremismus konsequent entgegenreten, Menschenwürde
 - 15 entschlossen verteidigen"
- 16 TOP 5 Finanzen
 - 17 • Soll/Ist-Vergleich zum 31.12.2023
 - 18 • Mittelfristige Finanzplanung bis 2028
 - 19 • Erläuterungen zum vorläufigen Soll-IST-Vergleich und der Mittelfristigen
 - 20 Finanzplanung
 - 21 • Antrag F-1 zur Anpassung des Gehaltes für den Landesvorstand ab 01.01.2025
 - 22 • Antrag F-2NEU zur Änderung der Finanzordnung: Einführung Sonderbeiträge
 - 23 Bezirkstag Pfalz

24 TOP 6 Wahlen

- 25 • Delegierte Länderrat
- 26 • Delegierte Bundesfrauenrat
- 27 • Delegierte Bundesfinanzrat

28 TOP 7 Anträge

- 29 • A-1 "Familie - Ort der Vielfalt und Verantwortung gemeinsam stärken"

30 TOP 8 Verschiedenes

Begründung

erfolgt mündlich

W-1 Wahlverfahren zum TOP 6 Wahlen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 18.04.2024
Tagesordnungspunkt: 1. Eröffnung, Formalia

Antragstext

1 § 1 [Allgemeine Regeln]

- 2 • Kandidaturen sind bis zum Schluss der Bewerber*innenliste für die konkrete
3 Position durch den/ die Wahlleiter*in möglich. Diese ist spätestens zu
4 Beginn der jeweiligen Vorstellungsrunde zu schließen. Nach Schluss der
5 Bewerber*innenliste durch das Präsidium, ist eine Kandidatur für die
6 entsprechende Position nicht mehr möglich.

7 § 2 [Regelung für Vorstellungen]

- 8 1. Die Kandidat*innen stellen sich jeweils nach alphabetischer Reihenfolge
9 des Nachnamens vor.
- 10 2. Die Kandidat*innen haben je insgesamt 4 Minuten Zeit für ihre
11 Vorbildungsrede und
12 2 Minuten zur Beantwortung von Fragen.
- 13 3. An die Kandidat*innen können nach ihren Vorbildungsreden Fragen gestellt
14 werden. Fragen können für die jeweiligen Kandidat*innen während diese ihre
15 Vorbildungsrede halten in die Wortmeldeboxen eingeworfen werden.
- 16 4. Für die Fragen an die Kandidat*innen müssen die vorbereiteten Frage-
17 Formulare benutzt werden. Fragen richten sich immer an einzelne
18 Kandidat*innen, wer Fragen an mehrere Kandidat*innen stellen will, muss
19 dementsprechend mehrere Frageformulare ausfüllen.
- 20 5. Für jedeN Kandidat*in werden bis zu 3 Fragen ausgelost.
- 21 6. Die ausgelosten Fragen werden vom Präsidium vorgelesen.
- 22 7. Zur Beantwortung stehen jedem*jeder Bewerber*in insgesamt 2 Minuten
23 Redezeit zur Verfügung. Die Beantwortung der Fragen erfolgt direkt im
24 Anschluss an die Vorbildungsrede.

25 § 3 [Ablauf der Wahlen]

- 26 1. Die Wahlen sind geheim und erfolgen in getrennten Wahlgängen. Sollten
27 nicht mehr Kandidat*innen zur Verfügung stehen als Delegierte &
28 Ersatzdelegierte zu wählen sind, ist eine verbundene Einzelwahl möglich.
- 29 2. Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der abgegeben gültigen Stimmen
30 erhält.
- 31 3. Ist ein zweiter Wahlgang notwendig, können alle Kandidat*innen antreten,
32 die im ersten Wahlgang noch nicht gewählt wurden. Gewählt sind diejenigen

33 Kandidat*innen, die die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt
34 haben.

35 4. Im dritten Wahlgang können alle Kandidat*innen antreten, die im 2.
36 Wahlgang nicht gewählt wurden. Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit der
37 gültigen abgegebenen Stimmen erzielt hat.

38 § 4 [Inkrafttreten, Änderungen]

39 1. Diese Wahlordnung tritt mit ihrer Annahme durch die Landesdelegiertenver-
40 sammlung in Kraft.

41 2. Sie tritt außer Kraft, wenn sie aufgehoben oder durch eine neue
42 Wahlordnung ersetzt wird. Dies kann nicht während der Wahlen für ein
43 Gremium geschehen.

Begründung

erfolgt mündlich

Beschluss (vorläufig) Jetzt den Weg frei machen für Investitionen in unsere Zukunft

Gremium: Landesdelegiertenversammlung
Beschlussdatum: 20.04.2024
Tagesordnungspunkt: 3. Kommunalpolitische Erklärung

Antragstext

1 Wir wollen Städte und Dörfer, in denen es sich gut leben lässt. Deshalb setzen
2 wir GRÜNE uns für modern ausgestattete Kitas und Schulen ein, in denen kein
3 Staub von der Decke bröckelt, für einen attraktiven ÖPNV und ein modernisiertes
4 und reaktiviertes Schienennetz sowie für ausgebaute Radwege und Straßen ohne
5 Schlaglöcher. Wir wollen günstige, saubere Energie aus Sonne und Wind, weiterhin
6 stabile Stromnetze und eine zuverlässige Wärmeversorgung sowie flächendeckenden
7 Mobilfunkempfang und Glasfaserinternet für jedes Haus. Wir setzen uns für mehr
8 bezahlbaren Wohnraum ein, für eine Verwaltung, die Digitalisierung lebt sowie
9 für beispielbare Sportplätze und moderne Schwimmbäder. Wir wollen Räume, die uns
10 auch mit fortschreitendem Klimawandel ein gesundes Wohnen und Arbeiten
11 ermöglichen. All das sind keine Extrawünsche, sondern die Basis eines guten
12 Lebens vor Ort und für unser gesellschaftliches Miteinander.

13 Wir müssen feststellen: in der Vergangenheit wurde leider zu wenig für den
14 Erhalt und den Ausbau dieser Infrastrukturen investiert. Der Investitionsstau in
15 den Kommunen ist bundesweit gigantisch – laut dem KfW-Kommunalpanel 2023 bemisst
16 er sich auf 165,6 Milliarden Euro. Auch in Rheinland-Pfalz wächst der Bedarf an
17 kommunalen Investitionen, zugleich sind die Möglichkeiten vielerorts stark
18 eingeschränkt. Der Investitionsstau bedroht zunehmend die Daseinsvorsorge vor
19 Ort und schwächt tendenziell das Vertrauen in öffentliche Institutionen und in
20 die Demokratie. Die Menschen im Land müssen sich auf eine funktionierende
21 Infrastruktur verlassen können. Darüber hinaus braucht auch die Wirtschaft
22 passende Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, um zur lokalen Wertschöpfung
23 und einem attraktiven Zukunftsstandort beizutragen.

24 Die Herausforderungen unserer Zeit, allen voran der Umgang mit der Klimakrise
25 und ihren spürbaren Auswirkungen, bedürfen erheblicher Haushaltsmittel. Die
26 öffentliche Hand hat die Aufgabe, die notwendigen Rahmenbedingungen für den
27 Aufbau von klimaneutralem Wohlstand und Resilienz zu schaffen und die soziale
28 Infrastruktur zu sichern. Andere Industrienationen wie die Vereinigten Staaten
29 machen es mit dem Inflation Reduction Act (IRA) vor und bringen wegweisende
30 Investitionsprogramme auf den Weg. Angesichts der aktuellen Haushaltslage und
31 mit den bestehenden, starren Schuldenregeln droht der Staat diesen wichtigen
32 Aufgaben nicht mehr gerecht zu werden. Die Schuldenbremse in ihrer aktuellen
33 Fassung wird zunehmend zu einer Zukunftsbremse.

34 Das nötige Geld jetzt in die Hand zu nehmen, bedeutet auch in
35 Generationengerechtigkeit zu investieren. Denn unseren Kindern und Enkeln wollen
36 wir ein modernes, funktionierendes und klimaneutrales Land hinterlassen und
37 keine aufgeschobenen Lasten und marode Infrastrukturen. Wir können unsere
38 Klimaziele erreichen, unseren Wohlstand erneuern, soziale Sicherheit
39 gewährleisten und eine gute Zukunft schaffen, wenn wir uns trauen, die
40 notwendigen Schritte zu gehen und die Mittel für die nötigen Investitionen –
41 privat wie öffentlich – zu mobilisieren.

42 Bereits jetzt fordern renommierte Wirtschaftswissenschaftler*innen,
43 Unternehmer*innen, Gewerkschafter*innen und Ministerpräsident*innen jeder
44 Couleur den Weg frei zu machen für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen.
45 Mit diesem Rückenwind aus der Breite der Gesellschaft wollen wir GRÜNE nicht bis
46 zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten, sondern jetzt Investitionen in die Zukunft
47 möglich machen und diese verlässlich gestalten:

- 48 • Wir rheinland-pfälzische GRÜNE fordern eine zügige Modernisierung der
49 Schuldenbremse auf Bundesebene und unterstützen alle Bestrebungen, die
50 eine Reform möglich machen. Wir wollen, dass öffentliche Investitionen,
51 die neue Werte schaffen und bestehende Werte erhalten, zukünftig auch über
52 Kredite finanziert werden können. So schaffen wir nötige
53 Planungssicherheit und Rahmenbedingungen, damit auch Unternehmen
54 Zukunftsinvestitionen in den Wirtschaftsstandort, in lokale Arbeitsplätze
55 und regionale Wertschöpfung tätigen.
- 56 • Wir unterstützen die Idee des „Deutschland-Investitionsfonds für Bund,
57 Länder und Kommunen“ der Grünen Bundestagsfraktion. Mit Hilfe dieses
58 Fonds, der durch eine Reform der Schuldenbremse möglich wird, soll gezielt
59 in die Erneuerung und Dekarbonisierung der Wirtschaft, in innovative
60 Zukunftstechnologien und in eine funktionierende Infrastruktur investiert
61 und somit gesellschaftlicher Mehrwert geschaffen werden.
- 62 • Wir rheinland-pfälzische GRÜNE fordern den Bund auf, diesen Fonds mit
63 ausreichend Mittel für die Bedarfe der Länder und Kommunen auszustatten.
64 Gerade unsere Kommunen, die Herzkammern unserer Demokratie, müssen
65 dringend in Kitas, Schulbauten, Krankenhäuser, Wärmenetze, in Busse und
66 Bahnen, in bezahlbare Wohnungen oder Schwimmbäder und Sportplätze
67 investieren und brauchen hierfür finanzielle Unterstützung.
- 68 • Wir wollen die Idee des Investitionsfonds weiterverfolgen, auch wenn eine
69 Modernisierung der Schuldenbremse keine verfassungsändernde Mehrheit im
70 Bund findet. Eine Alternative ist ein im Grundgesetz verankerter
71 Investitionsplan in Form eines Sondervermögens. Das wäre eine begrenzte
72 Lösung, welche die aktuelle, starre Schuldenbremse nicht in Frage stellt,
73 aber die von allen Seiten geforderte klimaneutrale Erneuerung unserer
74 Wirtschaft und Modernisierung der Infrastruktur ermöglicht. Ein solches
75 Finanzierungsinstrument bindet auch zukünftige Bundesregierungen und sorgt
76 damit für Verlässlichkeit. Das ist vor allem für private Investitionen
77 wichtig, die neben den öffentlichen Maßnahmen eine bedeutende Rolle
78 spielen.
- 79 • Für uns geht eine funktionierende, ausreichend finanzierte Infrastruktur
80 einher mit effizienten Abläufen. Das betrifft vor allem staatliches
81 Handeln, was in und mit den Verwaltungen die Rahmenbedingungen für die
82 Entwicklung unserer Gesellschaft und unserer Infrastruktur setzt. Darum
83 wollen wir GRÜNE hinderliche Bürokratie abbauen sowie auf allen Ebenen
84 Verwaltungsprozesse vereinfachen und digitalisieren. Dazu wollen wir auch
85 Praxis-Checks in Verwaltungen einführen, um Entscheidungen einfacher und
86 somit schneller umzusetzen. Das von uns mitentwickelte Kommunale
87 Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) und die

88 Zentralisierung der Windkraftgenehmigungen im Land setzen hierbei wichtige
89 Maßstäbe.

90 Wir werden hierzu auch weiterhin auf Landesebene aktiv und Wege eröffnen, um die
91 dringend nötigen Investitionen tätigen zu können. Nicht handeln war und ist für
92 uns GRÜNE in Rheinland-Pfalz keine Option.

93 • Dabei geht es uns auch für unsere Kommunen um den Dreiklang von
94 Ermöglichung, Finanzierung und Umsetzung. Aktuell ist es vielen
95 finanzschwachen Kommunen haushaltsrechtlich nicht möglich zu investieren.
96 Dies ist selbst dann der Fall, wenn nur ein geringer Eigenanteil fällig
97 wird oder sie durch die Investition den weiteren Wertverlust ihrer
98 Infrastruktur aufhalten könnten. Kommunen sollten bei ihren Liegenschaften
99 grundsätzlich Werterhalt auch durch kreditfinanzierte Investitionen
100 gestalten dürfen. Das schafft zudem einen hohen gesellschaftlichen Wert
101 für ein funktionierendes Gemeinwesen und für das kommunale Ehrenamt. Mit
102 der Ermöglichung von Investitionen in wirtschaftliche Projekte im Bereich
103 Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zeigen wir bereits heute, wie
104 dies vor Ort erfolgreich funktioniert.

105 • Zur Mobilisierung von Privatkapital wollen wir die Investitions- und
106 Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) nach dem Vorbild der Europäischen
107 Investitionsbank (EIB) zu einer echten Klima-Investitions-Bank
108 weiterentwickeln. Mit Grünen Anleihen (Green Bonds) soll die
109 Refinanzierung ökologisch nachhaltiger Projekte ermöglicht werden.
110 Förderprogramme, öffentliche Garantien und Gründungs-/Investitionskredite
111 des Landes sollen klar auf die Transformation zu einer klimaneutralen
112 Wirtschaft ausgerichtet werden und Investitionsanreize schaffen.

113 • Wir wollen auch in Rheinland-Pfalz die Diskussion über ein Sondervermögen
114 für Zukunftsinvestitionen voranbringen. Dazu werden wir prüfen, welche
115 Möglichkeiten uns die aktuelle Rechtsprechung bietet. Das Urteil des
116 Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) sowie
117 dessen Entscheidung zum Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2021 werten wir auf
118 seine Auswirkungen auf ein mögliches Sondervermögen für Rheinland-Pfalz
119 detailliert aus. Wir wollen der Frage nachgehen, wie diese beiden
120 Entscheidungen miteinander zu vereinbaren sind, damit wir auch in
121 Rheinland-Pfalz mehr investieren können, um unsere rheinland-pfälzische
122 Wirtschaft klimaneutral umzubauen, unsere Infrastruktur zu modernisieren
123 und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land zu stärken.

Beschluss (vorläufig) Machen, was zählt für unser Miteinander, unsere Zukunft und für unsere Demokratie

Gremium: Landesdelegiertenversammlung
Beschlussdatum: 20.04.2024
Tagesordnungspunkt: 3. Kommunalpolitische Erklärung

Antragstext

1 Wir GRÜNE schaffen die Grundlagen für ein gutes Miteinander und für eine gute
2 Zukunft. Mit Verantwortung für Menschen und Umwelt vor Ort und im Land, mit
3 Zuversicht und einer klaren Haltung packen wir an und stellen uns den Krisen und
4 Herausforderungen unserer Zeit. Grüne Politik - insbesondere Politik vor Ort –
5 in den Gemeinden unseres Landes – bietet greifbare Lösungen, macht Zusammenhalt
6 und Mitbestimmung erlebbar, zeigt, wie kommunaler Klimaschutz gelingen kann -
7 das ist unser Mittel gegen den um sich greifenden Populismus. Wir stehen dabei
8 geschlossen ein gegen rechten Hass und Gewalt und für unsere Demokratie, für die
9 so viele auf die Straße gehen, die sich gegen Spaltung und für ein gutes
10 Miteinander engagieren. Und wir stehen fest an der Seite all derer, die ein
11 gutes Leben für alle generationsübergreifend heute und morgen ermöglichen
12 wollen. Jetzt erst recht packen wir GRÜNE für unser Miteinander und unsere
13 Zukunft an und gestalten aus dem Zentrum der Gesellschaft heraus - für alle
14 Menschen in Rheinland-Pfalz, für starke Städte und Dörfer und für ein Europa der
15 Freiheit. Mit dieser kommunalpolitischen Erklärung stellen wir GRÜNE Rheinland-
16 Pfalz die Grundzüge unserer Politik in den Kommunen vor ergänzend zu den GRÜNEN
17 Wahlprogrammen vor Ort.

18 Mit der Corona-Krise, der fortschreitenden Arten- und Klimakrise, verbunden mit
19 Extremwetterereignissen, dem Angriffskrieg Russlands, der damit verbundenen
20 Energiekrise und Inflation begegneten und begegnen uns im Land bisher nie
21 gekannte Herausforderungen. Sie erfordern einen neuen Umgang mit
22 gesellschaftlicher Veränderung. "Unsicherheit" beschreibt das, was viele in der
23 Gesellschaft gerade umtreibt und sorgt. Nach Jahren der Krise grassieren Ängste
24 und schwindet Vertrauen in die politische Gestaltungskraft. Reaktionäre Kräfte
25 wie die AfD versuchen, diese Unsicherheit zu nutzen, um gesellschaftliche
26 Errungenschaften zurückzudrehen. Anstatt die Herausforderungen anzunehmen,
27 gaukeln sie ein "früher war alles besser" vor. Sie wollen zurück in eine
28 Vergangenheit und verleumden die Verantwortung für die Zukunft. Wir GRÜNE
29 stellen uns den Herausforderungen und packen sie entschieden an. Uns stärkt
30 dabei nicht nur unsere klare Haltung und immer neue Ideen, sondern auch unsere
31 Basis vor Ort: in vielen rheinland-pfälzischen Städten und Dörfern übernehmen
32 unsere GRÜNEN Ratsmitglieder Verantwortung - und in zahlreichen Städten,
33 Landkreisen und Gemeinden gestalten GRÜNE aktiv als Bürgermeister:innen oder
34 Beigeordnete. Gemeinsam für eine bessere Zukunft.

35 Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen und Zuversicht für eine gute Zukunft
36 zu geben heißt, als GRÜNE das zu machen, was zählt. Wir verkriechen uns dabei
37 nicht in die Wohlfühldecke, sondern suchen jetzt erst recht den Dialog mit den
38 Menschen vor Ort, hören zu und finden Antworten auf verschiedene Perspektiven.
39 Während andere durch Hetze spalten, übernehmen wir Verantwortung und suchen das
40 Verbindende. Wir GRÜNE sind auch die entscheidende Kraft, wenn es um eine

41 Demokratie in Vielfalt und Freiheit geht. In Parlamenten genauso wie in
42 kommunalen Räte, auf der Straße, am Stammtisch oder im Netz: Wir treten rechten
43 Parolen und Positionen überall konsequent entgegen und unterstützen alle, die
44 von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus betroffen sind. Es braucht
45 jetzt Geschlossenheit der Demokrat:innen in Gesellschaft und Politik: Es darf
46 keinerlei Zusammenarbeit oder sonstige Kooperation mit der AfD und anderen
47 rechtsextremen Parteien geben, egal auf welcher politischen Ebene.

48 Die AfD als parlamentarischer Arm der extremen Rechten muss mit allen
49 verfügbaren Mitteln bekämpft werden, auch vor Ort.

50 Wir GRÜNE machen das, was zählt und stellen die Maßnahmen jetzt in den Fokus,
51 die ein gutes Miteinander sichern und unsere Kommunen für eine gute Zukunft
52 aufstellen:

53 Machen, was zählt mit Klimaschutz, der bei allen ankommt

54 Saubere Luft und intakte Natur, Unabhängigkeit von Öl, Kohle und Gas,
55 Energieeffizienz und langfristige Kostenersparnis - all das bedeutet Klimaschutz
56 auch vor Ort. Damit Klimaschutz bei allen in Rheinland-Pfalz ankommt, hat das
57 grün geführte Klimaschutzministerium mit dem Kommunalen Investitionsprogramm für
58 Klimaschutz und Innovation (KIPKI) und mit dem Kommunalen Klimapakt (KKP) für
59 Kommunen zwei umfangreiche Programme aufgesetzt. Solaranlagen an Balkonen, LED-
60 Beleuchtung in Straßen, neue Heizungen in Schulen und Kitas, E-
61 Ladesäulen am Supermarktplatz, Wärmenetze: Miteiner Direktförderung ohne großen
62 Aufwand für die Kommunen in Höhe von 250 Mio. EUR stärken wir den Klimaschutz
63 vor Ort. Das Erfolgsprojekt KIPKI wollen wir nun nach der Antragsphase in den
64 Kommunen zur Umsetzung bringen, damit alle von Klimaschutz profitieren können.
65 Ebenso haben wir dank entscheidender Weichenstellungen im Bund und Land das
66 Tempo beim PV-Ausbau im Vergleich zu 2020 vervierfacht und in Rheinland-Pfalz
67 das Ausbauziel von 500 MW deutlich überschritten. Die PV-Pflicht für neue und
68 sanierte gewerbliche und öffentliche Gebäude, mehr PV in der Fläche und die
69 Öffnung für PV auf denkmalgeschützten Gebäuden ermöglichen Kommunen, von mehr
70 Solarenergie zu profitieren. Ebenso bei der Windkraft haben wir im Land die
71 jahrelang vom Bund gezogenen Bremsen gelöst und den Zubau von Windkraft
72 verbessert z.B. durch einen verkürzten Mindestabstand zu Siedlungsgebieten.
73 Diesen Ausbau-Schwung bei den Erneuerbaren Energien wollen wir GRÜNE vor Ort
74 weiterführen: wir wollen auf jedes geeignete öffentliche Dach eine PV-Anlage,
75 PV-Anlagen beim Neubau direkt mitplanen und mehr Flächen für Windkraft, Agri-PV
76 und dort, wo sinnvoll und möglich, Freiflächen-PV ausweisen. Bei der
77 Wärmeversorgung wollen wir für Haushalte und Kommunen Planungssicherheit
78 gewährleisten und klimaneutrale, bezahlbare Wärme zum Standortvorteil für Städte
79 und Dörfer machen. Dazu wollen wir die Kommunalen Wärmeplanungen vor Ort zügig
80 umsetzen und gemeinsam mit Verwaltung und Unternehmen Energieregionen
81 voranbringen, die eine zielgerichtete Versorgung mit Nah- und/oder Fernwärme
82 bündeln. Das Instrument der städtebaulichen Verträge wollen wir verstärkt nutzen
83 und bei Neubau und Sanierung nachhaltige energetische Gebäudestandards sowie
84 energieeffiziente Quartierslösungen angehen.

85 Der Erhalt der regionalen Wertschöpfung mit Industrie, Handel und
86 Dienstleistung, insbesondere der vielen mittelständischen, familiengeführten
87 Unternehmen, Landwirtschafts- und Handwerksbetrieben ist für uns von großer
88 Bedeutung. Sie bieten vielen Menschen Arbeit, sichern so auch den Wohlstand in

89 unserem Land und sind wichtige Akteur*innen bei sozialökologischen
90 Veränderungsprozessen.

91 • Die Fach- und Arbeitskräftegewinnung muss als kommunales Handlungsfeld der
92 Wirtschaftsförderung etabliert werden. Frühzeitige Berufsorientierung,
93 Jobmessen und regionale Kooperationen wie Schule-Wirtschaft müssen genutzt
94 und Rahmenbedingungen für die Arbeitsmarkintegration von Frauen und
95 Zugewanderten geschaffen werden.

96 • Mit Klimaanpassungskonzepten machen wir unsere Städte und Dörfer
97 widerstandsfähig gegen Extremwetterereignisse und andere Folgen der
98 Klimakrise. Die Sicherheit der Bürger*innen und der Schutz vor Hochwasser,
99 Starkregen & Co. steht für uns an oberster Stelle. Dafür schaffen wir
100 Stellen in den betreffenden Behörden, vernetzen und digitalisieren
101 Planungsabläufe für eine schnelle und für die Kommunen transparente und
102 wirkungsvolle Umsetzung. Bürokratische Hürden und Schleifen zur Förderung
103 und Finanzierung kommunaler Projekte sollen abgebaut werden.

104 • Wir schützen unsere kommunalen Wälder als Naherholungsgebiete und
105 natürliche CO₂-Speicher. Gesunde Bäume und ein intaktes Ökosystem sind
106 entscheidend für die Biodiversität und den Klimaschutz vor Ort. Darüber
107 hinaus erhalten wir Naturschutzflächen und entwickeln Biotop- und
108 Ausgleichsflächen zu ökologischen Trittsteinen für den Artenschutz. Wir
109 suchen den Dialog mit unseren Landwirt*innen und fördern über die Aktion
110 GRÜN und BLAU das Engagement für naturnahe Bewirtschaftung von
111 Landwirtschaftlichen Flächen, für Gewässerrandstreifen, Blühstreifen und
112 Blockmahd

113 • In kommunalen Einrichtungen setzen wir uns für den Einsatz regionaler,
114 saisonaler und ökologischer Lebensmittel ein. Dabei achten wir auf die
115 Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und bieten intensive
116 Bildungsangebote in Schule und Kita zu dem Thema an.

117 Machen, was zählt für ein gutes Miteinander vor Ort

118 Unsere Städte und Dörfer sind die zentralen Orte, in denen ein Miteinander in
119 der Gesellschaft stattfindet. Damit ein gutes Miteinander unterschiedlicher
120 Menschen gelingen kann, brauchen wir öffentliche Räume und eine funktionierende
121 soziale Infrastruktur, die Begegnung und Unterstützung vor Ort ermöglicht. Wir
122 GRÜNE machen uns im Land und in den Kommunen darum für gut ausgestattete Kitas
123 und Schulen stark mit multiprofessionellen Teams wie z.B. Kita- bzw.
124 Schulsozialarbeit und multifunktionalen Gebäuden, die z.B. als Familienzentren
125 für Beratungsangebote und Elternkurse mitgenutzt werden können. Für eine sozial
126 gerechte Bildung aller Kinder wollen wir Ganztagsangebote an Schulen genauso wie
127 Integrierte Gesamtschulen flächendeckend im Land ausbauen. Demokratie lebt von
128 Beteiligung und der frühestmöglichen Einbindung junger Menschen. Daher wollen
129 wir in den Kommunen Jugendzentren besser ausstatten und die Offene Kinder- und
130 Jugendarbeit mehr verankern genauso wie Projekte zur Demokratieförderung vor Ort
131 stärken. Wir wollen, dass Jugendliche vor Ort die Möglichkeit haben, alle ihre
132 Beteiligungsrechte, die dank GRÜNER Regierungsbeteiligung ausgebaut wurden, voll
133 ausschöpfen können. Diese müssen adäquat mit personellen und finanziellen
134 Ressourcen und Mitspracherechten ausgestattet sein. Ein gutes Miteinander heißt
135 für uns GRÜNE auch, vor allem Frauen und Kindern vor Gewalt zu schützen und

136 dafür die Sozialen Dienste besser auszustatten und Beratungsangebote vor Ort zu
137 stärken. Und zu einem guten Miteinander gehört für uns auch eine gute
138 Unterbringung und Integrationsangebote für Geflüchtete und Migrant:innen. Darum
139 setzen wir uns vor Ort dafür ein, dass die Kommunen nun die vom Land in diesem
140 Jahr für Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten bereitgestellten
141 zusätzlichen Mittel in Höhe von 267 Millionen Euro zielgerichtet einsetzen. In
142 den Kommunen sprechen wir GRÜNE uns weiterhin für eine dezentrale Unterbringung
143 sowie für ausreichende Integrationskurse und Beratungsangebote aus. Und ebenso
144 machen wir uns dafür stark, was ein gutes Miteinander durch Bildung und
145 Begegnung hervorbringt: die Impulse aus der vom Land angestoßenen
146 Kulturentwicklungsplanung wollen wir in die Kommunen tragen und Kulturprojekte-
147 und Initiativen in ihrer Vielfalt erhalten und stärken.
148 Pflege- und Gesundheitsversorgung sind Teil der Daseinsvorsorge. Der
149 demographische Wandel macht es zu einer großen Herausforderung, eine gute
150 ärztliche und pflegerische Versorgung überall aufrecht zu erhalten. Wir machen
151 uns stark dafür, dass die nächste hausärztliche Praxis und das nächste
152 Krankenhaus für alle gut erreichbar ist und allen eine gute pflegerische
153 Versorgung zu Verfügung steht. In den Kommunen treten wir im Rahmen der
154 Möglichkeiten für eine aktive Pflegepolitik ein. Dort können die
155 Pflegestrukturpläne regelmäßig aktualisiert und Pflege- und
156 Gesundheitskonferenzen einberufen werden. Vielfältige und bedarfsgerechte
157 Pflegeangebote sollen überall zur Verfügung stehen. Kommunen können kommunale
158 Medizinische Versorgungszentren gründen und damit Versorgungsengpässen
159 entgegenwirken und in Zukunft auch bei der Gründung von Gesundheitskiosken und
160 Gesundheitsregionen mitwirken.

161 Bürgerschaftliches und kommunales Engagement bildet einen Grundpfeiler des
162 Zusammenlebens vor Ort. Das Ehrenamt schafft Raum für Begegnung und fördert den
163 Austausch und Verständnis füreinander. Wir wollen den Einsatz all derer, die
164 sich täglich in Initiativen, Verbänden und Vereinen für unsere Demokratie, für
165 ein lebendiges, menschliches Miteinander und die Vielfalt vor Ort einsetzen, mit
166 Förderangeboten und mit Beratungsangeboten unterstützen.

167 • Wir setzen uns für eine flächendeckende Kinderbetreuung ein, mit
168 Kitaplätzen für jedes Kind sowie Ganztagsangeboten in Grund- und
169 weiterführenden Schulen. Jedes Kind in Rheinland-Pfalz verdient eine
170 qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung, die Eltern entlastet und
171 soziale Teilhabe ermöglicht, von den Lerninhalten bis hin zur Verpflegung.
172 Dafür erleichtern wir die Mitarbeit von Quereinsteiger*innen und Eltern im
173 täglichen Ablauf, wir fördern die Ausbildung, Umschulung und
174 Weiterbildung, um für die Zukunft die Abläufe und Öffnungszeiten der Kitas
175 aufrechterhalten zu können. Wir fördern die Einstellung von jungen
176 Menschen, die im Rahmen eines FÖJ die Einrichtungen unterstützen können.
177 Das gilt auch für das Betreuungsangebot an Ganztagschulen, damit die
178 kommunalen Träger rechtssicher und für alle zufriedenstellend ihre
179 Einrichtungen betreiben können.

180 • Wir unterstützen kommunal gemeinnützige Organisationen und engagierte
181 Menschen in ihrer Arbeit und erleichtern geflüchteten Menschen den Zugang
182 zur ehrenamtlichen Arbeit durch eine kommunale

183 Integrationskoordinationsstelle. Gemeinsam schaffen wir somit Perspektiven
184 und stärken das Ehrenamt, den Pfeiler für gesellschaftlichen Zusammenhalt

185 • Digital, lokal, unkompliziert - Wir wollen die Kommunalverwaltung modern
186 aufstellen sowie Bürokratie abbauen, damit sich die Menschen mit ihren
187 Anliegen unkompliziert an die öffentliche Hand wenden können und gehört
188 werden

189 • Die finanzielle Stabilität der Kommunen ist für uns von zentraler
190 Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass sie handlungsfähig bleiben und
191 als Orte der Gestaltung und Versorgung ihre Aufgaben erfüllen und wichtige
192 Investitionen in die Zukunft tätigen können. Gleichstellung soll zukünftig
193 in den kommunalen Haushalten verankert sein. Dieses Vorgehen, genannt
194 Gender Budgeting, institutionalisiert eine geschlechtergerechte
195 Mittelverteilung

196 • Im Rahmen eines kommunalen Kulturtags wollen wir alle Museen,
197 Ausstellungen und sonstigen Angebote vor Ort für einen Tag im Jahr
198 kostenlos öffnen und somit ein Angebot für Bildung und Teilhabe machen.
199 Zugleich steigt so die Sichtbarkeit kultureller Wertschöpfung, langfristig
200 soll es einen landesweiten Aktionstag geben. Wir setzen uns zudem dafür
201 ein, dass in den Schulferien kostenlose und ermäßigte Kultur- und
202 Freizeitangebote für Schüler:innen flächendeckend vorhanden sind.

203 Machen, was zählt für gutes Wohnen in Stadt und Dorf

204 Ob im Wohnhaus in der Stadt oder im Einfamilienhaus auf dem Land, ob im Quartier
205 oder im Dorfkern: Wohnen in Rheinland-Pfalz ist heutzutage vielseitig. Gutes
206 Wohnen bedeutet mehr als nur vier Wände: Plätze, an denen sich die Menschen
207 treffen können, nahegelegene Einkaufsmöglichkeiten, Kultur und Gastronomie. Gutes
208 Wohnen trägt damit erheblich für ein gutes Miteinander vor Ort bei. Wir GRÜNE
209 wollen gutes Wohnen vor Ort für alle möglich machen und dazu ausreichend
210 bezahlbaren Wohnraum schaffen, Wohnquartiere stärker forcieren und
211 Mehrgenerationenwohnen unterstützen. Dazu wollen wir den Leerstand nutzen und in
212 den Kommunen mit Leerstandskatastern effektiver freien Wohnraum managen. Bei
213 Wohnraum setzen wir auf eine inklusive und barrierefreie Gestaltung, die alle
214 Geschlechter mitdenkt. Um Innenstädte zu lebendigen Orten der Begegnung mit
215 Einzelhandel, Kultur- und Gastronomieangeboten zu machen, wollen wir bei
216 Flächenveräußerungen in den Kommunen Konzeptverfahren als kommunales
217 Steuerelement nutzen. Dabei entscheidet nicht der beste Preis, sondern das beste
218 Konzept für die Innenentwicklung. Auch das Miteinander und das gute Leben in den
219 Dörfern wollen wir stärken und Dorfkerne wiederbeleben. Neben Sanierung und
220 Umnutzung von leerstehenden Gebäuden wollen wir Dorfgasthäuser als Kulturgut,
221 geselliger Treffpunkt und Veranstaltungsort erhalten und den Erhalt von
222 Dorfgasthäusern nach dem Vorbild Hessen fördern. Und zu einem guten Wohnen
223 gehören auch begrünte Straßen, Flächen und Fassaden sowie renaturierte Gewässer,
224 was wir vor Ort stärker mit den bewährten Landesprogrammen Aktion Grün und Blau
225 Plus vorantreiben wollen. Dort, wo eine Innenentwicklung nicht mehr möglich ist
226 und Flächen ausgewiesen werden müssen, setzen wir GRÜNE zudem auf eine
227 flächenschonende Planung sowie eine nachhaltige Bebauung.

228 • Wir setzen uns für lebendige Innenstädte mit vielfältigen Angeboten in
229 Handel, Gastronomie und Kultur ein, denn diese sorgen für regionale

230 Wertschöpfung sowie eine hohe Aufenthalts- und Lebensqualität. Davon
231 profitieren nicht nur die Einwohner*innen vor Ort, sondern auch der
232 Tourismus

- 233 • Wohnen ist ein Grundrecht, und wir wollen es für alle erschwinglich machen
234 sowie für ein ausreichendes Angebot an Mietwohnungen sorgen. Deshalb
235 unterstützen wir den öffentlich-sozialen Wohnungsbau und wollen zugleich
236 Leerstände mithilfe von kommunalen Instrumenten aktiv angehen und
237 ökologisch nachhaltig und sozial nutzen

238 Machen, was zählt mit moderner Mobilität im Alltag

239 Attraktive Radrouten, ausreichend verfügbarer ÖPNV, vernetzte Sharing-Angebote
240 und gut erreichbare Umsteigepunkte: all das macht moderne Mobilität heutzutage
241 aus. Die Möglichkeit mit verschiedenen Verkehrsmitteln zuverlässig unterwegs
242 sein zu können mit einer funktionierenden Infrastruktur gehört heutzutage zur
243 Daseinsvorsorge dazu. Wir GRÜNE wollen moderne Mobilität für alle Menschen in
244 Rheinland-Pfalz verfügbar machen. Damit stärken wir die Erreichbarkeit auf dem
245 Land und bringen klimaschonende Verkehrsmittel voran. In den Kommunen machen wir
246 uns stark für sichere und gut ausgebaute Radwege sowie für eine zügige
247 Realisierung der Pendleradrouen im Land. Um als moderne Arbeitgeber die
248 Mitarbeitenden-Mobilität zu stärken und Anreize fürs Fahrradfahren zu fördern,
249 wollen wir in den Kommunalverwaltungen Jobrad-Angebote für Angestellte
250 einführen. Zentrale Knotenpunkte wie Dorfplätze oder Park&Ride Parkplätze wollen
251 wir zu Mobilitätsstationen weiterentwickeln mit ÖPNV-Haltepunkte,
252 Fahrradabstellmöglichkeiten und CarSharing-Angebote für ein einfaches Umsteigen.
253 ÖPNV in Rheinland-Pfalz wurde in den letzten Jahren stark ausgebaut. Gemeinsam
254 mit dem Land haben sich die Kommunen auf den Weg gemacht, ÖPNV-Konzepte auf die
255 Straße zu bringen, die die Grundzentren in RLP in Vertaktung zur Schiene
256 anbinden. Von einer Millionen km in 2016 auf 22 Millionen Buskilometer in 2024
257 haben wir alleine den Busverkehr in den letzten Jahren ausgeweitet. ÖPNV ist ein
258 „lebendes System“, das nach Erfordernissen und Rahmenbedingungen evaluiert
259 werden muss. Digitale Systeme in kleineren und flexibleren Fahrzeugen können
260 hierbei ergänzend die Mobilität in Randzeiten und auf Dörfern unterstützen.

- 261 • Jeder Mensch in Rheinland-Pfalz soll am gesellschaftlichen Leben
262 teilnehmen können. Deshalb sorgen wir landesweit für einen zuverlässigen
263 ÖPNV, der von allen barrierefrei genutzt werden kann

- 264 • Mit einer Investition von 2-4 Euro pro Einwohner:in und Monat fördern wir
265 den Ausbau und die Verbesserung der Radwege, um die Verkehrssicherheit und
266 den Klimaschutz voranzutreiben. Radfahren muss überall attraktiv und
267 sicher sein

268 Machen, was zählt mit Wertschätzung für das kommunale Ehrenamt von Land in die
269 Kommune

270
271 Kommunalpolitiker*innen setzen sich ehrenamtlich mit Herzblut und Leidenschaft
272 für Angelegenheiten ein, die uns alle unmittelbar betreffen. Sie arbeiten nach
273 dem Feierabend bis oftmals spät in die Nacht unermüdlich für unsere
274 Gesellschaft. Dabei engagieren sie sich dafür, dass Bürger*innen in
275 Entscheidungsprozesse eingebunden werden und ihre Anliegen gehört werden. Ihr
276 Einsatz erstreckt sich über eine Vielzahl von Themen und macht unsere Kommunen

277 lebenswerter und stärkt damit vor allem unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt
278 sowie unsere Demokratie hier in Rheinland-Pfalz.

279

280 Kommunalpolitiker*innen, besonders im Ehrenamt, verdienen unsere vollste
281 Wertschätzung. Doch leider werden immer mehr Politiker*innen auf kommunaler
282 Ebene aufgrund ihres Engagements Opfer von Hass und Hetze, Beschimpfungen,
283 Belästigungen und sogar Bedrohungen.

284

285 Besonders im Jahr der Kommunalwahl ist es von großer Bedeutung, dass kommunales
286 Engagement sicher möglich ist und den gebührenden Respekt erhält.

287

288 Wir als GRÜNE nehmen die aktuellen Bedrohungslagen äußerst ernst. Es darf nicht
289 passieren, dass sich Menschen gegen ein kommunales Engagement entscheiden und
290 die demokratische Mitbestimmung vor Ort somit geschwächt wird.

291 • Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass bedrohte Kommunalpolitiker:innen
292 Informationen zu Beratungs-, Hilfs- und Unterstützungsangeboten erhalten
293 und diese auch vom Land gezielt gefördert werden. In konkreten
294 Bedrohungssituationen muss Schutz und Unterstützung durch unsere
295 Sicherheitsbehörden gewährleistet sein

296 • Wir setzen uns für Aufklärungs- und Informationskampagnen zum Thema
297 "kommunales Ehrenamt" ein. Sie sollen Menschen in ganz Rheinland-Pfalz
298 niedrigschwellig erreichen und für Engagement vor Ort motivieren

299 Wählen, was zählt: GRÜN am 9. Juni 2024

300 Dieses Jahr haben die Rheinland-Pfälzer:innen die Wahl: Sie können ein klares
301 Zeichen für Europa, ein klares Zeichen für ein gutes Miteinander und eine gute
302 Zukunft in ihren Städten, Dörfern und Kreisen setzen. Wir GRÜNE stehen mit mehr
303 Wahllisten und mehr Mitgliedern denn je zur Wahl - wir wollen Verantwortung
304 übernehmen - gerade in einer Zeit großer Herausforderungen. In den nächsten
305 Wochen wird es auf uns ankommen für Vertrauen und Zuversicht zu werben.

Beschluss (vorläufig) Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen verteidigen

Gremium: Landesdelegiertenversammlung

Beschlussdatum: 20.04.2024

Tagesordnungspunkt: 4. Rechtsextremismus entgegentreten - Demokratie stärken

Antragstext

1 Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen
2 verteidigen

3 Unsere Demokratie ist in Gefahr. Rechter Hass, Antisemitismus, Rassismus und
4 andere menschenverachtende Hetze gehören leider für viele Menschen zum Alltag.
5 Trotz vielfältiger anderer Bedrohungen, die ebenso dringend im Blick zu behalten
6 sind, ist der Rechtsextremismus weiterhin die größte Gefahr für die Demokratie,
7 die Innere Sicherheit und das gesellschaftliche Miteinander in Rheinland-Pfalz
8 und ganz Deutschland.

9 Das Land, in dem wir leben wollen, ist vielfältig, offen und tolerant.
10 Rheinland-Pfalz steht für ein friedliches und demokratisches Miteinander,
11 geprägt von vorurteilsfreien Begegnungen und Lebensfreude. Unsere Stärke liegt
12 in einer offenen Gesellschaft und gelebter Vielfalt. Diejenigen, die sich für
13 unsere offene Gesellschaft einsetzen, werden nicht selten selbst zur Zielscheibe
14 von verbalen und physischen Angriffen. Gleichzeitig stoßen die Präsenz und die
15 Narrative von rechtsextremen Akteur:innen in der Mitte der Gesellschaft mehr und
16 mehr auf Gleichgültigkeit oder sogar Akzeptanz. Das ist ein direkter Angriff auf
17 unsere Demokratie und die rheinland-pfälzische Lebensart.

18 Stark macht Rheinland-Pfalz auch seine engagierte und organisierte
19 Zivilgesellschaft. Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen,
20 Jugendverbände, freiwillige Feuerwehren, viele andere Vereine, Verbände und
21 Gruppen und einzelne engagierte Bürger*innen stehen für Demokratie und Vielfalt
22 ein. Die Rolle der unzähligen ehrenamtlich Engagierten ist ausdrücklich zu
23 würdigen. Denn rechtsextreme Netzwerke und Gewalt besetzen häufig dort Räume, wo
24 sich Staat, Vereinsstrukturen oder soziale Einrichtungen zurückziehen. Das wird
25 derzeit – gerade in ländlichen Regionen – immer wieder deutlich.

26 Der Schutz der Menschenwürde, der Vielfalt und unserer freiheitlichen
27 demokratischen Grundordnung sind längst nicht mehr selbstverständlich. Wir
28 setzen uns dafür ein, dass er es wieder wird. Daher wollen wir:

29 Rechtsextreme Netzwerke auflösen

30 Eine stetig wachsende, rechtsextreme Szene hat seit Jahren einen beunruhigend
31 hohen Organisationsgrad erreicht. Sie tritt offen, selbstbewusst und gewaltaffin
32 auf. Unter den Augen von Politik und Sicherheitsbehörden hat sich die
33 rechtsextreme Szene über Jahrzehnte transnational vernetzt, illegale und
34 weitreichende Finanzstrukturen aufgebaut, Menschen bedroht, verletzt und
35 ermordet.

36 Langsam, aber sicher kommt es zu einem Umdenken im Kampf gegen den
37 Rechtsextremismus. Aus den strukturellen Fehlern der Vergangenheit müssen die
38 richtigen Lehren gezogen werden. Wir unterstützen unsere rheinland-pfälzischen

39 Sicherheitsbehörden auf diesem Weg und stehen für ein konsequentes Vorgehen
40 gegen Rechtsextremist:innen. An den Punkten, an denen die Sicherheitsbehörden
41 aktuell auf große Hindernisse in ihrer Arbeit treffen, setzen wir uns dafür ein,
42 diese wohlbedacht zu korrigieren.

43 Hass als Geschäftsmodell unterbinden

44 Verfassungsfeinde erwirtschaften – teilweise illegal – exorbitante Finanzmittel,
45 die sie für ihren ideologischen Kampf gegen unsere Demokratie einsetzen. Für uns
46 ist klar: Hass darf kein Geschäftsmodell sein. Wir setzen daher auf eine bessere
47 Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Finanzbehörden. Es ist an der
48 Zeit, ähnlich wie im Bereich der Organisierten Kriminalität, eine "Follow the
49 Money"-Strategie gegen Rechtsextremismus zu etablieren.

50 Dafür schlagen wir eine temporäre Task-Force gegen rechtsextreme
51 Finanzierungsnetzwerke vor. In dieser Task-Force sollen die beteiligten
52 Behörden, also das Landeskriminalamt, die Staatsanwaltschaften, die Finanzämter,
53 der Zoll und das Landesamt für Verfassungsschutz, zusammenkommen, um gemeinsam
54 Strukturermittlungsverfahren gegen die rechtsextreme Szene zu bearbeiten und die
55 gegenseitige Sensibilisierung und Kommunikation voranzutreiben.

56 Korruption und autoritäre Einflussnahme bekämpfen

57 Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten suchen die bewusste Nähe zu den
58 autoritären Regimen dieser Welt. Hand in Hand verfolgen sie das gemeinsame Ziel,
59 die liberale Demokratie zu zerstören. Dabei greifen sie auch auf staatlich
60 organisierte Desinformationskampagnen zurück, die das Vertrauen in unsere
61 rechtsstaatlichen Institutionen und demokratische Prozesse untergraben, unsere
62 Gesellschaft spalten und Demokratinnen und Demokraten diskreditieren. Die
63 transnationale Zusammenarbeit der Demokratiefeinde ist dabei durch
64 intransparente Geldflüsse, Korruption und mafiose Strukturen geprägt.

65 Jeglicher Versuch der autoritären Einflussnahme ist eine Gefahr für unsere
66 nationale Sicherheit. Es ist daher dringend notwendig die Kompetenzen unsere
67 Sicherheitsbehörden in der Abwehr dieser weiter zu stärken. Ebenso fordern wir
68 eine nationale Sensibilisierungsoffensive für die Gefahren von Desinformation,
69 Einflussnahme und Korruption, mit der eine gesamtgesellschaftliche,
70 demokratische Resilienz gefördert wird.

71 Demokratiefeinde aus dem Staatsdienst entfernen

72 Rechtsextreme und Demokratiefeinde lehnen die freiheitliche-demokratische
73 Grundordnung ab. Wir dürfen diese Personen daher nicht im Staatsdienst
74 akzeptieren und müssen eine Unterwanderung unserer Behörden konsequent
75 unterbinden. Disziplinarverfahren, mit denen Extremisten aus dem
76 Beamtenverhältnis entfernt werden sollen, ziehen sich oft über mehrere Jahre. In
77 dieser Zeit erhalten diese Personen weiterhin einen Großteil ihrer Bezüge. Um
78 langwierige Verfahren zu verhindern, müssen Disziplinarmaßnahmen gegen
79 Extremisten im Staatsdienst schneller ausgesprochen werden können. Es ist daher
80 an der Zeit, dass Rheinland-Pfalz dem Beispiel der Bundesregierung folgt und das
81 Landesdisziplinargesetz entsprechend ändert.

82 Recht durchsetzen, Demokratie auch im Netz verteidigen

83 Soziale Medien, große Handels- und Spiele-Plattformen haben unser Leben
84 verändert. Sie haben viele positive Effekte, dienen jedoch auch als
85 Brandbeschleuniger für Hass, Hetze, der Verbreitung rechtsextreme Devotionalien
86 und rechtsextremer Desinformation. Insbesondere junge User*innen werden mit
87 rechtsextremen und hasserfüllten Inhalten überschüttet.

88 Mit dem Digital Services Act und seiner jüngst beschlossenen nationalen
89 Umsetzung im Digitale-Dienste-Gesetz, gibt es einen neuen, umfassenden
90 Rechtsrahmen für Plattformbetreiber*innen. Dieser muss nun durchgesetzt und mit
91 Leben gefüllt werden. Rechtswidrige Inhalte müssen schneller gelöscht werden und
92 gerade Plattformen, die für rechtsextreme Anwerbeversuche genutzt werden wie
93 Gaming-Portale, stärker in die Pflicht genommen werden. Darüber hinaus gilt es,
94 die Strafverfolgung im Netz zu intensivieren und den Druck auf nationaler und
95 europäischer Ebene auf die Plattformbetreiber*innen weiter zu erhöhen, ihren
96 gesetzlichen und selbst gegebenen Verpflichtungen tatsächlich
97 nachzukommen. Strafverfolgungsbehörden müssen zudem die nötige Sensibilität und
98 personellen Ressourcen entwickeln, um Rechtsverstöße im Netz noch konsequenter
99 und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit zu verfolgen.

100 Mit dem neuen Beirat bei der Koordinierungsstelle für Digitale Dienste der
101 Bundesnetzagentur stärken wir die Mitwirkung der Zivilgesellschaft bei der
102 Durchsetzung des Digital Services Act. Darüber hinaus steigern wir mit Projekten
103 wie „Scroll nicht weg“ die digitale Zivilcourage im Netz und empowern Menschen,
104 im Netz dagegen zu halten, wenn ihnen Hass und Hetze begegnen. Denn auch im Netz
105 ist weiterhin zivilgesellschaftliches Engagement und Gegenrede notwendig, um
106 unser freiheitliches und vielfältiges Leben zu erhalten.

107 Politische Bildung und die organisierte Zivilgesellschaft stärken

108 Eine selbstbewusste und wehrhafte Demokratie funktioniert nicht ohne eine
109 starke, organisierte Zivilgesellschaft. Rechtsextreme Akteur:innen wissen das
110 und versuchen daher die Zivilgesellschaft einzuschüchtern, gezielt zu schwächen
111 und zu diffamieren. Wir sehen es daher als intrinsische Aufgabe des Staates an,
112 demokratische und antifaschistische Strukturen nachhaltig zu stärken. Wir
113 brauchen die starke Zivilgesellschaft, die on- und offline rechtem Hass
114 widerspricht. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin vehement für eine baldige
115 Verabschiedung des Demokratiefördergesetzes ein.

116 Die Förderung von Demokratiebildung und einer demokratischen, weltoffenen
117 Haltung in der Gesellschaft für mehr Toleranz und ein friedliches Miteinander
118 ist ein zentrales Anliegen der politischen Bildung. Die Landeszentrale für
119 politische Bildung leistet dabei einen wichtigen Beitrag bei der
120 außerschulischen Bildung. Darüber hinaus stärken wir die Gedenkarbeit und
121 Demokratiebildung in den Schulen. So sollen z.B. alle Schüler*innen im Laufe
122 ihrer Schulzeit ein ehemaliges Konzentrations- bzw. Vernichtungslager der NS-
123 Diktatur besuchen, um für die historische Verantwortung Deutschlands
124 sensibilisiert zu werden. Wir setzen uns dafür ein, die Verbrechen der NS-
125 Diktatur und die Rolle von Rheinland-Pfalz weiter konsequent aufzuarbeiten.
126 Demokratie lebt aber vor allem von Teilhabe. Wir halten daher weiterhin an
127 unserem Ziel fest, das Wahlalter 16 bei Landtags- und Kommunalwahlen
128 einzuführen.

129 Engagierte und Betroffene besser schützen

130 Für die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist die Bekämpfung von Rassismus und
131 die Unterstützung von Betroffenen zentral. Wir unterstützen die zahlreichen
132 Projekte und Beratungsstellen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus,
133 Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
134 engagieren.

135 Menschen, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie einsetzen, seien es
136 Mandatsträger:innen, Journalist:innen oder Ehrenamtliche in den Kommunen, müssen
137 durch unseren Staat besser geschützt werden. Wir setzen uns daher auf
138 Bundesebene für eine Reform des Melderechts ein. Damit wollen wir
139 Auskunftsperren für alle Bedrohten deutlich erleichtern. Auf Landesebene
140 streben wir eine Reform der Landeswahlordnung an, womit wir die Veröffentlichung
141 der Privatadressen von Kandidierenden verhindern wollen.

142 Und schließlich brauchen wir für Bürger:innen vor Ort in den Städten und im
143 ländlichen Raum vertrauensvolle Ansprechpartner:innen, um schnell auch auf
144 schwierige Situationen im Zusammenhang mit allen Formen gruppenbezogener
145 Menschenfeindlichkeit reagieren zu können. Hier können auch die Kommunen vor Ort
146 einen Beitrag leisten.

147 Rechtsextreme konsequent entwaffnen

148 Der Waffenbesitz von Rechtsextremen stagniert weiterhin auf einem bedenklich
149 hohen Niveau. Über 100 Rechtsextremisten, Reichsbürger und Deligitimierer in
150 Rheinland-Pfalz besitzen eine waffenrechtliche Erlaubnis. Um die 400
151 Schusswaffen befinden sich in den Händen von gefährlichen Extremisten. Jede
152 davon ist eine zu viel.

153 Wir setzen uns daher für eine Verschärfung des Waffenrechts ein. Momentan darf
154 der Verfassungsschutz den Waffenbehörden beispielsweise keine über fünf Jahre
155 alten Erkenntnisse über Extremisten mitteilen. Wichtige Erkenntnisse, die auf
156 eine Unzuverlässigkeit im Sinne des Waffenrechts hinweisen können, fallen
157 dadurch durchs Raster. Das muss sich dringend ändern. Außerdem braucht es eine
158 engere Zusammenarbeit zwischen Kontrollbehörden, Polizei und Verfassungsschutz
159 zum Widerruf der Waffenerlaubnis und dem Einzug von Waffen. Und schließlich
160 sollen Rechtsextreme in Zukunft nicht mehr auf Schießständen üben dürfen.

161 Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie beweisen

162 Ein zentrales Ziel der AfD und eine entscheidende Voraussetzung ihres Erfolgs
163 ist die Verschiebung von Normalitätsstandards. Als demokratische Politiker:innen
164 werden wir uns nicht daran beteiligen, Werte und Normen zu verschieben oder gar
165 von der AfD zu übernehmen. Wir werden unsere demokratischen Grundhaltungen und
166 den politischen Diskurs auch sprachlich bewahren. Dabei erwarten wir einen
167 breiten Schulterschluss aller demokratischen Kräfte.

168 Die AfD ist der parlamentarische Arm der extremen Rechten und eine Gefahr für
169 unsere Demokratie. Die rheinlandpfälzische AfD ist nicht zu unterschätzen. Sie
170 hat klare Verbindungen in ein tief rechtsextremistisches und gewaltbereites
171 Milieu und hat sich in den vergangenen Monaten weiter radikalisiert. Strukturen
172 und personelle Überschneidungen mit rechtsextremen Burschenschaften und
173 Gruppierungen sind nicht zu übersehen. Unsere Demokratie ist wehrhaft und sieht
174 Instrumente vor, um gegen diese Feinde der Demokratie vorzugehen. Wenn die
175 rechtlichen Voraussetzungen für diese Instrumente vorliegen, müssen sie

176 angewandt werden. So haben es die Väter und Mütter des Grundgesetzes uns als
177 Lehre aus der NS-Zeit mitgegeben.

178 Zu den Instrumenten der wehrhaften Demokratie zählt auch ein mögliches
179 Parteiverbotsverfahren. Damit ein solches Verfahren von allen zuständigen
180 Verfassungsorgane, also Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, intensiv
181 geprüft werden kann, braucht es eine umfangreiche Materialsammlung. Wir fordern
182 daher unsere Sicherheitsbehörden dazu auf, die richtigen Lehren aus vergangenen
183 Parteiverbotsverfahren zu ziehen und eine rechtssichere Materialsammlung, die
184 auch die Jugendorganisation der AfD umfasst, anzulegen.

Beschluss (vorläufig) Anpassung des Gehaltes für den Geschäftsführenden Vorstand ab 01.01.2025

Gremium: Landesdelegiertenversammlung
Beschlussdatum: 20.04.2024
Tagesordnungspunkt: 5. Finanzen

Antragstext

- 1 Wir beantragen hiermit die Vergütung des am 07.12.2024 neugewählten
- 2 Geschäftsführenden Landesvorstandes (GeVo) mit Wirkung zum 01.01.2025, dem
- 3 Beschluss der LDV vom 17.12.2022 folgend, das Gehalt der GeVo entsprechend an
- 4 die dann aktuelle Abgeordnetendiät abzüglich des regulären
- 5 Mandatsträgerbeitrages (MTB) von 16,5% anzupassen.

- 6 Wie vormals vorgeschlagen empfehlen wir von der Berechnungsbasis (siehe
- 7 Beispieltabelle unten) 75% für die Landesvorsitzenden bzw. 65% für die*den
- 8 Landesschatzmeister*in.

F-2 Einführung Sonderbeiträge Bezirkstag Pfalz

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.03.2024
Tagesordnungspunkt: 5. Finanzen

Antragstext

- 1 In die Finanzordnung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz wird unter C.
- 2 Beiträge ein neuer Punkt 5 eingefügt:
- 3 (5) Sonderbeiträge Bezirkstag Pfalz
- 4 Die Höhe der monatlichen Sonderbeiträge beträgt für alle Abgeordneten des
- 5 Bezirkstages Pfalz, Mitglieder des Bezirkstagsvorstands und der GRÜNEN
- 6 Mitglieder in dessen Ausschüssen 10% der jeweiligen Entschädigungen und
- 7 Sitzungsgelder. Von den Einnahmen aus der Tätigkeit in Aufsichtsräten werden
- 8 ebenfalls 10% als Beitrag gezahlt.
- 9 Die Zahlung der Sonderbeiträge ist fällig ab Annahme des Mandats bzw. Übernahme
- 10 des Amtes. Im Falle von Erhöhungen von Entschädigungen und Sitzungsgeldern im
- 11 Laufe der Wahlperiode erfolgt eine automatische Anpassung. Der Einzug der
- 12 Sonderbeiträge erfolgt über die Landesgeschäftsstelle des Landesverbandes
- 13 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz im Auftrag des Landesvorstandes. Der
- 14 Landesfinanzrat nimmt die Entwicklungen der Beitragszahlungen als regelmäßigen
- 15 Bericht der*des Landesschatzmeister*in zur Kenntnis.
- 16 Im Falle von erheblichen Abweichungen bzw. Nichtleisten von Zahlungen wird drei
- 17 Monate nach Zahlungsverzug an den Landesfinanzrat berichtet.
- 18 Persönlichkeitsrechte und der Datenschutz sind dabei zu wahren. Sollte eine
- 19 Einigung nicht zustande kommen, wird die Angelegenheit dem Landesfinanzrat zur
- 20 Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Sollte auch mit dem Landesfinanzrat
- 21 eine Einigung nicht zu erreichen sein, wird die Angelegenheit der
- 22 Landesdelegiertenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Begründung

Ziel der Aufnahme der GRÜNEN Mitglieder, die im Bezirkstag, seinen Organen und von ihm beschickten Gremien arbeiten und Entschädigungen erhalten in die Beitragsordnung des Landesverbands ist es, die Finanzierung des Wahlkampfes für die Bezirkstagswahl und deren Vorbereitung in Zukunft finanziell verbindlicher zu regeln.

Die aktuelle Finanzordnung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz, letzte Änderung durch die LDV in Idar-Oberstein am 12. März 2022, findet sich hier: <https://wolke.netzbegruenung.de/s/bDaEtqxnQyGnqZg>.

Beschluss (vorläufig) Einführung Sonderbeiträge Bezirkstag Pfalz

Gremium: Landesdelegiertenversammlung
Beschlussdatum: 20.04.2024
Tagesordnungspunkt: 5. Finanzen

Antragstext

- 1 In die Finanzordnung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz wird unter C.
- 2 Beiträge ein neuer Punkt 5 eingefügt:
- 3 (5) Sonderbeiträge Bezirkstag Pfalz
- 4 Die Höhe der monatlichen Sonderbeiträge beträgt für alle Abgeordneten des
- 5 Bezirkstages Pfalz, Mitglieder des Bezirkstagsvorstands und der GRÜNEN
- 6 Mitglieder in dessen Ausschüssen 10% der jeweiligen Entschädigungen. Von den
- 7 Entschädigungen aus Tätigkeiten in Aufsichtsräten werden ebenfalls 10% als
- 8 Beitrag gezahlt.
- 9 Die Zahlung der Sonderbeiträge ist fällig ab Annahme des Mandats bzw. Übernahme
- 10 des Amtes. Im Falle von Erhöhungen von Entschädigungen im Laufe der Wahlperiode
- 11 erfolgt eine automatische Anpassung. Der Einzug der Sonderbeiträge erfolgt
- 12 monatlich über die Landesgeschäftsstelle des Landesverbandes BÜNDNIS 90/DIE
- 13 GRÜNEN Rheinland-Pfalz im Auftrag des Landesvorstandes. Zur Vereinfachung der
- 14 Zahlung wird ein Nachlass von drei Prozent auf den monatlich zu zahlenden
- 15 Sonderbeitrag gewährt, wenn der oder die Beitragszahler*in einer
- 16 Einzugsermächtigung zustimmt.
- 17 Der Landesfinanzrat nimmt die Entwicklungen der Beitragszahlungen als
- 18 regelmäßigen Bericht der*des Landesschatzmeister*in zur Kenntnis.
- 19 Im Falle von erheblichen Abweichungen bzw. Nichtleisten von Zahlungen wird drei
- 20 Monate nach Zahlungsverzug an den Landesfinanzrat berichtet.
- 21 Persönlichkeitsrechte und der Datenschutz sind dabei zu wahren. Sollte eine
- 22 Einigung nicht zustande kommen, wird die Angelegenheit dem Landesfinanzrat zur
- 23 Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Sollte auch mit dem Landesfinanzrat
- 24 eine Einigung nicht zu erreichen sein, wird die Angelegenheit der
- 25 Landesdelegiertenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Finanzen Unterlagen zu TOP 5 Finanzen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.04.2024
Tagesordnungspunkt: 5. Finanzen

Antragstext

- 1 Hier findet ihr die gesammelten [Unterlagen zu TOP 5 Finanzen](#) (Stand: 12.04.2024)

A-1 Familie - Ort der Vielfalt und Verantwortung gemeinsam stärken

Antragsteller*in: Patrick Zwiernik (KV Koblenz)

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

1 Familie ist für uns dort, wo Kinder sind oder Menschen dauerhaft Verantwortung
2 füreinander übernehmen. Egal ob Mutter-Vater-Kind-Familien, Eltern vielfältiger
3 sexueller und geschlechtlicher Identitäten, Geschlechtsausdrücke und
4 Geschlechtsmerkmale (bspw. lesbische Mütter, schwule Väter, transgeschlechtliche
5 oder intergeschlechtliche Eltern), Regenbogenfamilien auch mit mehr als zwei
6 Elternteilen mit Kindern oder einem Kinderwunsch oder Personengemeinschaften,
7 die langfristig Verantwortung füreinander übernehmen – Familien in Rheinland-
8 Pfalz sind vielfältig und bunt. Und so vielfältig sind auch die Fragen, mit
9 denen Regenbogenfamilien konfrontiert sind. Dabei brauchen Regenbogenfamilien
10 eine fachkundige Beratung und Begleitung durch geschulte Menschen, denen die
11 verschiedensten Familienkonstellationen samt den rechtlichen Hürden vertraut
12 sind und die vorbehaltlos Hilfestellung geben können. Immer noch erfahren
13 Regenbogenfamilien Ausgrenzung. Deswegen braucht es eine stärkere Koordination
14 der bestehenden Fort- und Weiterbildungen von Mitarbeitenden in Behörden, je
15 nach Führungsebene bzw. Arbeitsfeld auch verpflichtend, und
16 Familienberatungsstellen.

17 Das Projekt Familienvielfalt, durchgeführt durch QueerNet RLP e. V. und
18 unterstützt durch unser GRÜNES Familienministerium, ist hier ein wichtiger
19 erster
20 Schritt zu einer Professionalisierung der vielen Familieneinrichtungen im Land.
21 Familien sind aber keine Projekte mit zeitlicher Befristung. Wir brauchen eine
22 institutionelle Förderung, damit die Arbeit auch langfristig gesichert werden
23 kann und Institutionen in Rheinland-Pfalz weiterhin verlässliche
24 Ansprechpersonen halten können.

25 Für den besonderen Bedarf von Regenbogenfamilien soll es in Zusammenarbeit mit
26 der
27 Community ein erstes Regenbogenfamilienzentrum für Rheinland-Pfalz geben, als
28 leicht zugängliche Möglichkeit für Menschen mit Kinderwunsch, aber auch für
29 rechtliche Beratung rund um Fragen der gemeinsamen Verantwortung.

30
31 Mit einem Förderprogramm sollen Wohnprojekte für Regenbogenfamilien im Land
32 unterstützt werden. Auch abseits von Oberzentren soll es Möglichkeiten geben
33 gemeinschaftliches Leben zu fördern.

34 Die rechtliche Absicherung bei Mehrelternschaft muss gestärkt werden. Es leben
35 schon heute viele Kinder in Familienkonstellationen mit mehr als zwei
36 Elternteilen. Wenn es um das Besuchsrecht in Krankenhäusern, wie beispielsweise
37 in der
38 Coronazeit, oder Fragen der schulischen Bildung geht, sind leider weiterhin nur
39 zwei Personen die offiziellen Eltern. Das ist nicht im Sinne des Kindeswohls und
40 spiegelt nicht die Lebensrealität wider. Rheinland-Pfalz wird sich im Bund für
41 eine Änderung des Familienrechts einsetzen.

42 Auch ältere Menschen leben nicht immer in biologischen Familienverbänden,
43 übernehmen aber auch jenseits der Ehe oder Lebenspartnerschaft Verantwortung
44 füreinander. Spätestens in der Pflege führt es zu großen Problemen in vielen
45 Pflegeeinrichtungen oder bei der Anrechnung der ambulanten Pflege. Ein modernes
46 Familienrecht muss dem Rechnung tragen. Jeder Mensch hat ein Recht auf Familie,
47 selbstbestimmt!

48 Als GRÜNE werden wir zudem die besonderen Bedarfe von binationalen Paaren sowie
49 von Regenbogenfamilien und queeren Paaren mit Fluchtbiografie hinsichtlich
50 Chancengleichheit und Teilhabe in Rheinland-Pfalz berücksichtigen, insbesondere
51 bei rechtlichen Regelungen.

52
53 Gemeinsam setzen wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz uns deswegen für die Umsetzung
54 folgender Punkte ein:

- 55 • Eine Erhöhung der Mittel für das Projekt Familienvielfalt, perspektivisch
56 wollen wir eine verstetigte institutionelle Förderung
- 57 • Ein erstes Regenbogenfamilienzentrum für Rheinland-Pfalz
- 58 • Einsatz beim Bund für die Mehrelternschaft
- 59 • Ausweitung des Familienrechts für alleinstehende Pflegebedürftige

Unterstützer*innen

Tina Wilhelmus (KV Trier); Tenko-Aemilia Bauer (KV Bad Dürkheim); Christoph Wagner (KV Mayen-Koblenz); Alex Schykowski (KV Mainz-Bingen); Maik Krüger (KV Mayen-Koblenz); Benjamin Kunz (KV Birkenfeld); Ute Wellstein (KV Mainz); Judith Velten (KV Ahrweiler); Toni Velten (KV Ahrweiler); Sören Landmann (KV Trier); Zoé Engel (KV Trier); Katharina Müller (KV Birkenfeld); Esther Frederique Lau (KV Koblenz)

A-2 Jetzt den Weg frei machen für Investitionen in unsere Zukunft

Antragsteller*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Tagesordnungspunkt: 3. Kommunalpolitische Erklärung

Antragstext

1 Wir wollen Städte und Dörfer, in denen es sich gut leben lässt. Deshalb setzen
2 wir GRÜNE uns für modern ausgestattete Kitas und Schulen ein, in denen kein
3 Staub von der Decke bröckelt, für einen attraktiven ÖPNV und ein modernisiertes
4 und reaktiviertes Schienennetz sowie für ausgebaute Radwege und Straßen ohne
5 Schlaglöcher. Wir wollen günstige, saubere Energie aus Sonne und Wind, weiterhin
6 stabile Stromnetze und eine zuverlässige Wärmeversorgung sowie flächendeckenden
7 Mobilfunkempfang und Glasfaserinternet für jedes Haus. Wir setzen uns für mehr
8 bezahlbaren Wohnraum ein, für eine Verwaltung, die Digitalisierung lebt sowie
9 für beispielbare Sportplätze und moderne Schwimmbäder. Wir wollen Räume, die uns
10 auch mit fortschreitendem Klimawandel ein gesundes Wohnen und Arbeiten
11 ermöglichen. All das sind keine Extrawünsche, sondern die Basis eines guten
12 Lebens vor Ort und für unser gesellschaftliches Miteinander.

13 Wir müssen feststellen: in der Vergangenheit wurde leider zu wenig für den
14 Erhalt und den Ausbau dieser Infrastrukturen investiert. Der Investitionsstau in
15 den Kommunen ist bundesweit gigantisch – laut dem KfW-Kommunalpanel 2023 bemisst
16 er sich auf 165,6 Milliarden Euro. Auch in Rheinland-Pfalz wächst der Bedarf an
17 kommunalen Investitionen, zugleich sind die Möglichkeiten vielerorts stark
18 eingeschränkt. Der Investitionsstau bedroht zunehmend die Daseinsvorsorge vor
19 Ort und schwächt tendenziell das Vertrauen in öffentliche Institutionen und in
20 die Demokratie. Die Menschen im Land müssen sich auf eine funktionierende
21 Infrastruktur verlassen können. Darüber hinaus braucht auch die Wirtschaft
22 passende Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, um zur lokalen Wertschöpfung
23 und einem attraktiven Zukunftsstandort beizutragen.

24 Die Herausforderungen unserer Zeit, allen voran der Umgang mit der Klimakrise
25 und ihren spürbaren Auswirkungen, bedürfen erheblicher Haushaltsmittel. Die
26 öffentliche Hand hat die Aufgabe, die notwendigen Rahmenbedingungen für den
27 Aufbau von klimaneutralem Wohlstand und Resilienz zu schaffen und die soziale
28 Infrastruktur zu sichern. Andere Industrienationen wie die Vereinigten Staaten
29 machen es mit dem Inflation Reduction Act (IRA) vor und bringen wegweisende
30 Investitionsprogramme auf den Weg. Angesichts der aktuellen Haushaltslage und
31 mit den bestehenden, starren Schuldenregeln droht der Staat diesen wichtigen
32 Aufgaben nicht mehr gerecht zu werden. Die Schuldenbremse in ihrer aktuellen
33 Fassung wird zunehmend zu einer Zukunftsbremse.

34 Das nötige Geld jetzt in die Hand zu nehmen, bedeutet auch in
35 Generationengerechtigkeit zu investieren. Denn unseren Kindern und Enkeln wollen
36 wir ein modernes, funktionierendes und klimaneutrales Land hinterlassen und
37 keine aufgeschobenen Lasten und marode Infrastrukturen. Wir können unsere
38 Klimaziele erreichen, unseren Wohlstand erneuern, soziale Sicherheit
39 gewährleisten und eine gute Zukunft schaffen, wenn wir uns trauen, die
40 notwendigen Schritte zu gehen und die Mittel für die nötigen Investitionen –
41 privat wie öffentlich – zu mobilisieren.

42 Bereits jetzt fordern renommierte Wirtschaftswissenschaftler*innen,
43 Unternehmer*innen, Gewerkschafter*innen und Ministerpräsident*innen jeder
44 Couleur den Weg frei zu machen für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen.
45 Mit diesem Rückenwind aus der Breite der Gesellschaft wollen wir GRÜNE nicht bis
46 zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten, sondern jetzt Investitionen in die Zukunft
47 möglich machen und diese verlässlich gestalten:

- 48 • Wir rheinland-pfälzische GRÜNE fordern eine zügige Modernisierung der
49 Schuldenbremse auf Bundesebene und unterstützen alle Bestrebungen, die
50 eine Reform möglich machen. Wir wollen, dass öffentliche Investitionen,
51 die neue Werte schaffen und bestehende Werte erhalten, zukünftig auch über
52 Kredite finanziert werden können. So schaffen wir nötige
53 Planungssicherheit und Rahmenbedingungen, damit auch Unternehmen
54 Zukunftsinvestitionen in den Wirtschaftsstandort, in lokale Arbeitsplätze
55 und regionale Wertschöpfung tätigen.
- 56 • Wir unterstützen die Idee des „Deutschland-Investitionsfonds für Bund,
57 Länder und Kommunen“ der Grünen Bundestagsfraktion. Mit Hilfe dieses
58 Fonds, der durch eine Reform der Schuldenbremse möglich wird, soll gezielt
59 in die Erneuerung und Dekarbonisierung der Wirtschaft, in innovative
60 Zukunftstechnologien und in eine funktionierende Infrastruktur investiert
61 und somit gesellschaftlicher Mehrwert geschaffen werden.
- 62 • Wir rheinland-pfälzische GRÜNE fordern den Bund auf, diesen Fonds mit
63 ausreichend Mittel für die Bedarfe der Länder und Kommunen auszustatten.
64 Gerade unsere Kommunen, die Herzkammern unserer Demokratie, müssen
65 dringend in Kitas, Schulbauten, Krankenhäuser, Wärmenetze, in Busse und
66 Bahnen, in bezahlbare Wohnungen oder Schwimmbäder und Sportplätze
67 investieren und brauchen hierfür finanzielle Unterstützung.
- 68 • Wir wollen die Idee des Investitionsfonds weiterverfolgen, auch wenn eine
69 Modernisierung der Schuldenbremse keine verfassungsändernde Mehrheit im
70 Bund findet. Eine Alternative ist ein im Grundgesetz verankerter
71 Investitionsplan in Form eines Sondervermögens. Das wäre eine begrenzte
72 Lösung, welche die aktuelle, starre Schuldenbremse nicht in Frage stellt,
73 aber die von allen Seiten geforderte klimaneutrale Erneuerung unserer
74 Wirtschaft und Modernisierung der Infrastruktur ermöglicht. Ein solches
75 Finanzierungsinstrument bindet auch zukünftige Bundesregierungen und sorgt
76 damit für Verlässlichkeit. Das ist vor allem für private Investitionen
77 wichtig, die neben den öffentlichen Maßnahmen eine bedeutende Rolle
78 spielen.
- 79 • Für uns geht eine funktionierende, ausreichend finanzierte Infrastruktur
80 einher mit effizienten Abläufen. Das betrifft vor allem staatliches
81 Handeln, was in und mit den Verwaltungen die Rahmenbedingungen für die
82 Entwicklung unserer Gesellschaft und unserer Infrastruktur setzt. Darum
83 wollen wir GRÜNE hinderliche Bürokratie abbauen sowie auf allen Ebenen
84 Verwaltungsprozesse vereinfachen und digitalisieren. Dazu wollen wir auch
85 Praxis-Checks in Verwaltungen einführen, um Entscheidungen einfacher und
86 somit schneller umzusetzen. Das von uns mitentwickelte Kommunale
87 Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) und die

88 Zentralisierung der Windkraftgenehmigungen im Land setzen hierbei wichtige
89 Maßstäbe.

90 Wir werden hierzu auch weiterhin auf Landesebene aktiv und Wege eröffnen, um die
91 dringend nötigen Investitionen tätigen zu können. Nicht handeln war und ist für
92 uns GRÜNE in Rheinland-Pfalz keine Option.

93 • Dabei geht es uns auch für unsere Kommunen um den Dreiklang von
94 Ermöglichung, Finanzierung und Umsetzung. Aktuell ist es vielen
95 finanzschwachen Kommunen haushaltsrechtlich nicht möglich zu investieren.
96 Dies ist selbst dann der Fall, wenn nur ein geringer Eigenanteil fällig
97 wird oder sie durch die Investition den weiteren Wertverlust ihrer
98 Infrastruktur aufhalten könnten. Kommunen sollten bei ihren Liegenschaften
99 grundsätzlich Werterhalt auch durch kreditfinanzierte Investitionen
100 gestalten dürfen. Das schafft zudem einen hohen gesellschaftlichen Wert
101 für ein funktionierendes Gemeinwesen und für das kommunale Ehrenamt. Mit
102 der Ermöglichung von Investitionen in wirtschaftliche Projekte im Bereich
103 Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zeigen wir bereits heute, wie
104 dies vor Ort erfolgreich funktioniert.

105 • Zur Mobilisierung von Privatkapital wollen wir die Investitions- und
106 Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) nach dem Vorbild der Europäischen
107 Investitionsbank (EIB) zu einer echten Klima-Investitions-Bank
108 weiterentwickeln. Mit Grünen Anleihen (Green Bonds) soll die
109 Refinanzierung ökologisch nachhaltiger Projekte ermöglicht werden.
110 Förderprogramme, öffentliche Garantien und Gründungs-/Investitionskredite
111 des Landes sollen klar auf die Transformation zu einer klimaneutralen
112 Wirtschaft ausgerichtet werden und Investitionsanreize schaffen.

113 • Wir wollen auch in Rheinland-Pfalz die Diskussion über ein Sondervermögen
114 für Zukunftsinvestitionen voranbringen. Dazu werden wir prüfen, welche
115 Möglichkeiten uns die aktuelle Rechtsprechung bietet. Das Urteil des
116 Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) sowie
117 dessen Entscheidung zum Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2021 werten wir auf
118 seine Auswirkungen auf ein mögliches Sondervermögen für Rheinland-Pfalz
119 detailliert aus. Wir wollen der Frage nachgehen, wie diese beiden
120 Entscheidungen miteinander zu vereinbaren sind, damit wir auch in
121 Rheinland-Pfalz mehr investieren können, um unsere rheinland-pfälzische
122 Wirtschaft klimaneutral umzubauen, unsere Infrastruktur zu modernisieren
123 und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land zu stärken.

Unterstützer*innen

Hannah Heller (KV Speyer); Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt an der Weinstraße); Katrin Brunke (KV Mainz); Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen); Ingrid Bäumlner (KV Cochem-Zell); Lea Heidbreder (KV Landau); Michael Hauer (KV Trier); Verena Örenbas (KV Ahrweiler); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Rebecca Stallbaumer (KV Mayen-Koblenz); Natalie Cramme-Hill (KV Trier); Josef Winkler (KV Rhein-Lahn); Lisett Stuppy (KV Donnersberg); Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz); Oliver Schönborn (KV Rhein-Hunsrück); Marlon Wrasse (KV Westerwald); Julian Gerz (KV Bad Dürkheim); Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen); Tim Martens (KV

Mainz); Misbah Khan (KV Bad Dürkheim); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Manfred Brinkhoff (KV Ahrweiler); Katrin Eder (KV Mainz); Lennart Kammann (KV Birkenfeld); Tabea Rößner (KV Mainz); Stephan Buchner (KV Mainz-Bingen); Lea Siegfried (KV Kaiserslautern); Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm); Paul Bunjes (KV Kaiserslautern); Fabian Ehmann (KV Mainz)

KPE-1 Machen, was zählt für unser Miteinander, unsere Zukunft und für unsere Demokratie

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.03.2024
Tagesordnungspunkt: 3. Kommunalpolitische Erklärung

Antragstext

1 Wir GRÜNE schaffen die Grundlagen für ein gutes Miteinander und für eine gute
2 Zukunft. Mit Verantwortung für Menschen und Umwelt vor Ort und im Land, mit
3 Zuversicht und einer klaren Haltung packen wir an und stellen uns den Krisen und
4 Herausforderungen unserer Zeit. Grüne Politik - insbesondere Politik vor Ort -
5 in den Gemeinden unseres Landes - bietet greifbare Lösungen, macht Zusammenhalt
6 und Mitbestimmung erlebbar, zeigt, wie kommunaler Klimaschutz gelingen kann -
7 das ist unser Mittel gegen den um sich greifenden Populismus. Wir stehen dabei
8 geschlossen ein gegen rechten Hass und Gewalt und für unsere Demokratie, für die
9 so viele auf die Straße gehen, die sich gegen Spaltung und für ein gutes
10 Miteinander engagieren. Und wir stehen fest an der Seite all derer, die ein
11 gutes Leben für alle generationsübergreifend heute und morgen ermöglichen
12 wollen. Jetzt erst recht packen wir GRÜNE für unser Miteinander und unsere
13 Zukunft an und gestalten aus dem Zentrum der Gesellschaft heraus - für alle
14 Menschen in Rheinland-Pfalz, für starke Städte und Dörfer und für ein Europa der
15 Freiheit. Mit dieser kommunalpolitischen Erklärung stellen wir GRÜNE Rheinland-
16 Pfalz die Grundzüge unserer Politik in den Kommunen vor ergänzend zu den GRÜNEN
17 Wahlprogrammen vor Ort.

18 Mit der Corona-Krise, der fortschreitenden Arten- und Klimakrise, verbunden mit
19 Extremwetterereignissen, dem Angriffskrieg Russlands, der damit verbundenen
20 Energiekrise und Inflation begegneten und begegnen uns im Land bisher nie
21 gekannte Herausforderungen. Sie erfordern einen neuen Umgang mit
22 gesellschaftlicher Veränderung. "Unsicherheit" beschreibt das, was viele in der
23 Gesellschaft gerade umtreibt und sorgt. Nach Jahren der Krise grassieren Ängste
24 und schwindet Vertrauen in die politische Gestaltungskraft. Reaktionäre Kräfte
25 wie die AfD versuchen, diese Unsicherheit zu nutzen, um gesellschaftliche
26 Errungenschaften zurückzudrehen. Anstatt die Herausforderungen anzunehmen,
27 gaukeln sie ein "früher war alles besser" vor. Sie wollen zurück in eine
28 Vergangenheit und verleumden die Verantwortung für die Zukunft. Wir GRÜNE
29 stellen uns den Herausforderungen und packen sie entschieden an. Uns stärkt
30 dabei nicht nur unsere klare Haltung und immer neue Ideen, sondern auch unsere
31 Basis vor Ort: in vielen rheinland-pfälzischen Städten und Dörfern übernehmen
32 unsere GRÜNEN Ratsmitglieder Verantwortung - und in zahlreichen Städten,
33 Landkreisen und Gemeinden gestalten GRÜNE aktiv als Bürgermeister:innen oder
34 Beigeordnete. Gemeinsam für eine bessere Zukunft.

35 Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen und Zuversicht für eine gute Zukunft
36 zu geben heißt, als GRÜNE das zu machen, was zählt. Wir verkriechen uns dabei
37 nicht in die Wohlfühldecke, sondern suchen jetzt erst recht den Dialog mit den
38 Menschen vor Ort, hören zu und finden Antworten auf verschiedene Perspektiven.
39 Während andere durch Hetze spalten, übernehmen wir Verantwortung und suchen das
40 Verbindende. Wir GRÜNE sind auch die entscheidende Kraft, wenn es um eine
41 Demokratie in Vielfalt und Freiheit geht. In Parlamenten genauso wie in
42 kommunalen Räte, auf der Straße, am Stammtisch oder im Netz: Wir treten rechten

43 Parolen und Positionen überall konsequent entgegen und unterstützen alle, die
44 von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus betroffen sind. Es braucht
45 jetzt Geschlossenheit der Demokrat:innen in Gesellschaft und Politik: Es darf
46 keinerlei Zusammenarbeit oder sonstige Kooperation mit der AfD und anderen
47 rechtsextremen Parteien geben, egal auf welcher politischen Ebene.

48 Die AfD als parlamentarischer Arm der extremen Rechten muss mit allen
49 verfügbaren Mitteln bekämpft werden, auch vor Ort.

50 Wir GRÜNE machen das, was zählt und stellen die Maßnahmen jetzt in den Fokus,
51 die ein gutes Miteinander sichern und unsere Kommunen für eine gute Zukunft
52 aufstellen:

53 Machen, was zählt mit Klimaschutz, der bei allen ankommt

54 Saubere Luft und intakte Natur, Unabhängigkeit von Öl, Kohle und Gas,
55 Energieeffizienz und langfristige Kostenersparnis - all das bedeutet Klimaschutz
56 auch vor Ort. Damit Klimaschutz bei allen in Rheinland-Pfalz ankommt, hat das
57 grün geführte Klimaschutzministerium mit dem Kommunalen Investitionsprogramm für
58 Klimaschutz und Innovation (KIPKI) und mit dem Kommunalen Klimapakt (KKP) für
59 Kommunen zwei umfangreiche Programme aufgesetzt. Solaranlagen an Balkonen, LED-
60 Beleuchtung in Straßen, neue Heizungen in Schulen und Kitas, E-
61 Ladesäulen am Supermarktparkplatz, Wärmenetze: Miteiner Direktförderung ohne großen
62 Aufwand für die Kommunen in Höhe von 250 Mio. EUR stärken wir den Klimaschutz
63 vor Ort. Das Erfolgsprojekt KIPKI wollen wir nun nach der Antragsphase in den
64 Kommunen zur Umsetzung bringen, damit alle von Klimaschutz profitieren können.
65 Ebenso haben wir dank entscheidender Weichenstellungen im Bund und Land das
66 Tempo beim PV-Ausbau im Vergleich zu 2020 vervierfacht und in Rheinland-Pfalz
67 das Ausbauziel von 500 MW deutlich überschritten. Die PV-Pflicht für neue und
68 sanierte gewerbliche und öffentliche Gebäude, mehr PV in der Fläche und die
69 Öffnung für PV auf denkmalgeschützten Gebäuden ermöglichen Kommunen, von mehr
70 Solarenergie zu profitieren. Ebenso bei der Windkraft haben wir im Land die
71 jahrelang vom Bund gezogenen Bremsen gelöst und den Zubau von Windkraft
72 verbessert z.B. durch einen verkürzten Mindestabstand zu Siedlungsgebieten.
73 Diesen Ausbau-Schwung bei den Erneuerbaren Energien wollen wir GRÜNE vor Ort
74 weiterführen: wir wollen auf jedes geeignete öffentliche Dach eine PV-Anlage,
75 PV-Anlagen beim Neubau direkt mitplanen und mehr Flächen für Windkraft, Agri-PV
76 und dort, wo sinnvoll und möglich, Freiflächen-PV ausweisen. Bei der
77 Wärmeversorgung wollen wir für Haushalte und Kommunen Planungssicherheit
78 gewährleisten und klimaneutrale, bezahlbare Wärme zum Standortvorteil für Städte
79 und Dörfer machen. Dazu wollen wir die Kommunalen Wärmeplanungen vor Ort zügig
80 umsetzen und gemeinsam mit Verwaltung und Unternehmen Energieregionen
81 voranbringen, die eine zielgerichtete Versorgung mit Nah- und/oder Fernwärme
82 bündeln. Das Instrument der städtebaulichen Verträge wollen wir verstärkt nutzen
83 und bei Neubau und Sanierung nachhaltige energetische Gebäudestandards sowie
84 energieeffiziente Quartierslösungen angehen.

- 85 • Mit Klimaanpassungskonzepten machen wir unsere Städte und Dörfer
86 widerstandsfähig gegen Extremwetterereignisse und andere Folgen der

87 Klimakrise. Die Sicherheit der Bürger*innen und der Schutz vor Hochwasser,
88 Starkregen & Co. steht für uns an oberster Stelle

- 89 • Wir schützen unsere kommunalen Wälder als Naherholungsgebiete und
90 natürliche CO₂-Speicher. Gesunde Bäume und ein intaktes Ökosystem sind
91 entscheidend für die Biodiversität und den Klimaschutz vor Ort

92 Machen, was zählt für ein gutes Miteinander vor Ort

93 Unsere Städte und Dörfer sind die zentralen Orte, in denen ein Miteinander in
94 der Gesellschaft stattfindet. Damit ein gutes Miteinander unterschiedlicher
95 Menschen gelingen kann, brauchen wir öffentliche Räume und eine funktionierende
96 soziale Infrastruktur, die Begegnung und Unterstützung vor Ort ermöglicht. Wir
97 GRÜNE machen uns im Land und in den Kommunen darum für gut ausgestattete Kitas
98 und Schulen stark mit multiprofessionellen Teams wie z.B. Kita- bzw.
99 Schulsozialarbeit und multifunktionalen Gebäuden, die z.B. als Familienzentren
100 für Beratungsangebote und Elternkurse mitgenutzt werden können. Für eine sozial
101 gerechte Bildung aller Kinder wollen wir Ganztagsangebote an Schulen genauso wie
102 Integrierte Gesamtschulen flächendeckend im Land ausbauen. Demokratie lebt von
103 Beteiligung und der frühestmöglichen Einbindung junger Menschen. Daher wollen
104 wir in den Kommunen Jugendzentren besser ausstatten und die Offene Kinder- und
105 Jugendarbeit mehr verankern genauso wie Projekte zur Demokratieförderung vor Ort
106 stärken. Wir wollen, dass Jugendliche vor Ort die Möglichkeit haben, alle ihre
107 Beteiligungsrechte, die dank GRÜNER Regierungsbeteiligung ausgebaut wurden, voll
108 ausschöpfen können. Diese müssen adäquat mit personellen und finanziellen
109 Ressourcen und Mitspracherechten ausgestattet sein. Ein gutes Miteinander heißt
110 für uns GRÜNE auch, vor allem Frauen und Kindern vor Gewalt zu schützen und
111 dafür die Sozialen Dienste besser auszustatten und Beratungsangebote vor Ort zu
112 stärken. Und zu einem guten Miteinander gehört für uns auch eine gute
113 Unterbringung und Integrationsangebote für Geflüchtete und Migrant:innen. Darum
114 setzen wir uns vor Ort dafür ein, dass die Kommunen nun die vom Land in diesem
115 Jahr für Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten bereitgestellten
116 zusätzlichen Mittel in Höhe von 267 Millionen Euro zielgerichtet einsetzen. In
117 den Kommunen sprechen wir GRÜNE uns weiterhin für eine dezentrale Unterbringung
118 sowie für ausreichende Integrationskurse und Beratungsangebote aus. Und ebenso
119 machen wir uns dafür stark, was ein gutes Miteinander durch Bildung und
120 Begegnung hervorbringt: die Impulse aus der vom Land angestoßenen
121 Kulturentwicklungsplanung wollen wir in die Kommunen tragen und Kulturprojekte-
122 und Initiativen in ihrer Vielfalt erhalten und stärken.

123 Pflege- und Gesundheitsversorgung sind Teil der Daseinsvorsorge. Der
124 demographische Wandel macht es zu einer großen Herausforderung, eine gute
125 ärztliche und pflegerische Versorgung überall aufrecht zu erhalten. Wir machen
126 uns stark dafür, dass die nächste hausärztliche Praxis und das nächste
127 Krankenhaus für alle gut erreichbar ist und allen eine gute pflegerische
128 Versorgung zu Verfügung steht. In den Kommunen treten wir im Rahmen der
129 Möglichkeiten für eine aktive Pflegepolitik ein. Dort können die
130 Pflegestrukturpläne regelmäßig aktualisiert und Pflege- und
131 Gesundheitskonferenzen einberufen werden. Vielfältige und bedarfsgerechte
132 Pflegeangebote sollen überall zur Verfügung stehen. Kommunen können kommunale
133 Medizinische Versorgungszentren gründen und damit Versorgungsengpässen

134 entgegenwirken und in Zukunft auch bei der Gründung von Gesundheitskiosken und
135 Gesundheitsregionen mitwirken.

- 136 • Wir setzen uns für eine flächendeckende Kinderbetreuung ein, mit
137 Kitaplätzen für jedes Kind sowie Ganztagsangeboten in Grund- und
138 weiterführenden Schulen. Jedes Kind in Rheinland-Pfalz verdient eine
139 qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung, die Eltern entlastet und
140 soziale Teilhabe ermöglicht, von den Lerninhalten bis hin zur Verpflegung
- 141 • Wir erleichtern geflüchteten Menschen den Zugang zur ehrenamtlichen Arbeit
142 durch eine kommunale Integrationskoordinationsstelle. Gemeinsam schaffen
143 wir somit Perspektiven und stärken das Ehrenamt, den Pfeiler für
144 gesellschaftlichen Zusammenhalt
- 145 • Digital, lokal, unkompliziert - Wir wollen die Kommunalverwaltung modern
146 aufstellen sowie Bürokratie abbauen, damit sich die Menschen mit ihren
147 Anliegen unkompliziert an die öffentliche Hand wenden können und gehört
148 werden
- 149 • Die finanzielle Stabilität der Kommunen ist für uns von zentraler
150 Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass sie handlungsfähig bleiben und
151 als Orte der Gestaltung und Versorgung ihre Aufgaben erfüllen und wichtige
152 Investitionen in die Zukunft tätigen können
- 153 • Im Rahmen eines kommunalen Kulturtags wollen wir alle Museen,
154 Ausstellungen und sonstigen Angebote vor Ort für einen Tag im Jahr
155 kostenlos öffnen und somit ein Angebot für Bildung und Teilhabe machen.
156 Zugleich steigt so die Sichtbarkeit kultureller Wertschöpfung, langfristig
157 soll es einen landesweiten Aktionstag geben

158 Machen, was zählt für gutes Wohnen in Stadt und Dorf

159 Ob im Wohnhaus in der Stadt oder im Einfamilienhaus auf dem Land, ob im Quartier
160 oder im Dorfkern: Wohnen in Rheinland-Pfalz ist heutzutage vielseitig. Gutes
161 Wohnen bedeutet mehr als nur vier Wände: Plätze, an denen sich die Menschen
162 treffen können, nahegelegene Einkaufsmöglichkeiten, Kultur und Gastronomie. Gutes
163 Wohnen trägt damit erheblich für ein gutes Miteinander vor Ort bei. Wir GRÜNE
164 wollen gutes Wohnen vor Ort für alle möglich machen und dazu ausreichend
165 bezahlbaren Wohnraum schaffen, Wohnquartiere stärker forcieren und
166 Mehrgenerationenwohnen unterstützen. Dazu wollen wir den Leerstand nutzen und in
167 den Kommunen mit Leerstandskatastern effektiver freien Wohnraum managen. Bei
168 Wohnraum setzen wir auf eine inklusive und barrierefreie Gestaltung, die alle
169 Geschlechter mitdenkt. Um Innenstädte zu lebendigen Orten der Begegnung mit
170 Einzelhandel, Kultur- und Gastronomieangeboten zu machen, wollen wir bei
171 Flächenveräußerungen in den Kommunen Konzeptverfahren als kommunales
172 Steuerelement nutzen. Dabei entscheidet nicht der beste Preis, sondern das beste
173 Konzept für die Innenentwicklung. Auch das Miteinander und das gute Leben in den
174 Dörfern wollen wir stärken und Dorfkerne wiederbeleben. Neben Sanierung und
175 Umnutzung von leerstehenden Gebäuden wollen wir Dorfgasthäuser als Kulturgut,
176 geselliger Treffpunkt und Veranstaltungsort erhalten und den Erhalt von
177 Dorfgasthäusern nach dem Vorbild Hessen fördern. Und zu einem guten Wohnen
178 gehören auch begrünte Straßen, Flächen und Fassaden sowie renaturierte Gewässer,
179 was wir vor Ort stärker mit den bewährten Landesprogrammen Aktion Grün und Blau

180 Plus vorantreiben wollen. Dort, wo eine Innenentwicklung nicht mehr möglich ist
181 und Flächen ausgewiesen werden müssen, setzen wir GRÜNE zudem auf eine
182 flächenschonende Planung sowie eine nachhaltige Bebauung.

183 • Wir setzen uns für lebendige Innenstädte mit vielfältigen Angeboten in
184 Handel, Gastronomie und Kultur ein, denn diese sorgen für regionale
185 Wertschöpfung sowie eine hohe Aufenthalts- und Lebensqualität. Davon
186 profitieren nicht nur die Einwohner*innen vor Ort, sondern auch der
187 Tourismus

188 • Wohnen ist ein Grundrecht, und wir wollen es für alle erschwinglich machen
189 sowie für ein ausreichendes Angebot an Mietwohnungen sorgen. Deshalb
190 unterstützen wir den öffentlich-sozialen Wohnungsbau und wollen zugleich
191 Leerstände mithilfe von kommunalen Instrumenten aktiv angehen und
192 ökologisch nachhaltig und sozial nutzen

193 Machen, was zählt mit moderner Mobilität im Alltag

194 Attraktive Radrouten, ausreichend verfügbarer ÖPNV, vernetzte Sharing-Angebote
195 und gut erreichbare Umsteigepunkte: all das macht moderne Mobilität heutzutage
196 aus. Die Möglichkeit mit verschiedenen Verkehrsmitteln zuverlässig unterwegs
197 sein zu können mit einer funktionierenden Infrastruktur gehört heutzutage zur
198 Daseinsvorsorge dazu. Wir GRÜNE wollen moderne Mobilität für alle Menschen in
199 Rheinland-Pfalz verfügbar machen. Damit stärken wir die Erreichbarkeit auf dem
200 Land und bringen klimaschonende Verkehrsmittel voran. In den Kommunen machen wir
201 uns stark für sichere und gut ausgebaute Radwege sowie für eine zügige
202 Realisierung der Pendleradrouen im Land. Um als moderne Arbeitgeber die
203 Mitarbeitenden-Mobilität zu stärken und Anreize fürs Fahrradfahren zu fördern,
204 wollen wir in den Kommunalverwaltungen Jobrad-Angebote für Angestellte
205 einführen. Zentrale Knotenpunkte wie Dorfplätze oder Park&Ride Parkplätze wollen
206 wir zu Mobilitätsstationen weiterentwickeln mit ÖPNV-Haltepunkte,
207 Fahrradabstellmöglichkeiten und CarSharing-Angebote für ein einfaches Umsteigen.
208 ÖPNV in Rheinland-Pfalz wurde in den letzten Jahren stark ausgebaut. Gemeinsam
209 mit dem Land haben sich die Kommunen auf den Weg gemacht, ÖPNV-Konzepte auf die
210 Straße zu bringen, die die Grundzentren in RLP in Vertaktung zur Schiene
211 anbinden. Von einer Millionen km in 2016 auf 22 Millionen Buskilometer in 2024
212 haben wir alleine den Busverkehr in den letzten Jahren ausgeweitet. ÖPNV ist ein
213 „lebendes System“, das nach Erfordernissen und Rahmenbedingungen evaluiert
214 werden muss. Digitale Systeme in kleineren und flexibleren Fahrzeugen können
215 hierbei ergänzend die Mobilität in Randzeiten und auf Dörfern unterstützen.

216 • Jeder Mensch in Rheinland-Pfalz soll am gesellschaftlichen Leben
217 teilnehmen können. Deshalb sorgen wir landesweit für einen zuverlässigen
218 ÖPNV, der von allen barrierefrei genutzt werden kann

219 • Mit einer Investition von 2-4 Euro pro Einwohner:in und Monat fördern wir
220 den Ausbau und die Verbesserung der Radwege, um die Verkehrssicherheit und
221 den Klimaschutz voranzutreiben. Radfahren muss überall attraktiv und
222 sicher sein

223 Wählen, was zählt: GRÜN am 9. Juni 2024

224 Dieses Jahr haben die Rheinland-Pfälzer:innen die Wahl: Sie können ein klares
225 Zeichen für Europa, ein klares Zeichen für ein gutes Miteinander und eine gute
226 Zukunft in ihren Städten, Dörfern und Kreisen setzen. Wir GRÜNE stehen mit mehr
227 Wahllisten und mehr Mitgliedern denn je zur Wahl - wir wollen Verantwortung
228 übernehmen - gerade in einer Zeit großer Herausforderungen. In den nächsten
229 Wochen wird es auf uns ankommen für Vertrauen und Zuversicht zu werben.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Hinweis: Diese Kommunalpolitische Erklärung ist kein Wahlprogramm. Sie dient zur Feststellung der politischen Lage und Ausgangsposition für den Wahlkampf. Inhaltlich setzt sie Schwerpunkte, die inhaltliche Zielsetzung für die Kommunen findet mit den Wahlprogrammen vor Ort statt.

Unterstützer*innen

Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich); Dr. Tobias Lindner (KV Germersheim); Prof. Dr. Armin Grau (KV Rhein-Pfalz); Dr. Lea Heidbreder (KV Landau); Misbah Khan (KV Bad Dürkheim); Janosch Littig (KV Mainz); Lisett Stuppy (KV Donnersberg); Hannah Heller (KV Speyer); Katharina Binz (KV Mainz); Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen); Tabea Rößner (KV Mainz)

R-1 Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen verteidigen

Antragsteller*in: Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz), Misbah Khan (KV Bad Dürkheim)

Tagesordnungspunkt: 4. Rechtsextremismus entgegentreten - Demokratie stärken

Antragstext

1 Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen
2 verteidigen

3 Unsere Demokratie ist in Gefahr. Rechter Hass, Antisemitismus, Rassismus und
4 andere menschenverachtende Hetze gehören leider für viele Menschen zum Alltag.
5 Trotz vielfältiger anderer Bedrohungen, die ebenso dringend im Blick zu behalten
6 sind, ist der Rechtsextremismus weiterhin die größte Gefahr für die Demokratie,
7 die Innere Sicherheit und das gesellschaftliche Miteinander in Rheinland-Pfalz
8 und ganz Deutschland.

9 Das Land, in dem wir leben wollen, ist vielfältig, offen und tolerant.
10 Rheinland-Pfalz steht für ein friedliches und demokratisches Miteinander,
11 geprägt von vorurteilsfreien Begegnungen und Lebensfreude. Unsere Stärke liegt
12 in einer offenen Gesellschaft und gelebter Vielfalt. Diejenigen, die sich für
13 unsere offene Gesellschaft einsetzen, werden nicht selten selbst zur Zielscheibe
14 von verbalen und physischen Angriffen. Gleichzeitig stoßen die Präsenz und die
15 Narrative von rechtsextremen Akteur:innen in der Mitte der Gesellschaft mehr und
16 mehr auf Gleichgültigkeit oder sogar Akzeptanz. Das ist ein direkter Angriff auf
17 unsere Demokratie und die rheinland-pfälzische Lebensart.

18 Stark macht Rheinland-Pfalz auch seine engagierte und organisierte
19 Zivilgesellschaft. Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen,
20 Jugendverbände, freiwillige Feuerwehren, viele andere Vereine, Verbände und
21 Gruppen und einzelne engagierte Bürger*innen stehen für Demokratie und Vielfalt
22 ein. Die Rolle der unzähligen ehrenamtlich Engagierten ist ausdrücklich zu
23 würdigen. Denn rechtsextreme Netzwerke und Gewalt besetzen häufig dort Räume, wo
24 sich Staat, Vereinsstrukturen oder soziale Einrichtungen zurückziehen. Das wird
25 derzeit – gerade in ländlichen Regionen – immer wieder deutlich.

26 Der Schutz der Menschenwürde, der Vielfalt und unserer freiheitlichen
27 demokratischen Grundordnung sind längst nicht mehr selbstverständlich. Wir
28 setzen uns dafür ein, dass er es wieder wird. Daher wollen wir:

29 Rechtsextreme Netzwerke auflösen

30 Eine stetig wachsende, rechtsextreme Szene hat seit Jahren einen beunruhigend
31 hohen Organisationsgrad erreicht. Sie tritt offen, selbstbewusst und gewaltaffin
32 auf. Unter den Augen von Politik und Sicherheitsbehörden hat sich die
33 rechtsextreme Szene über Jahrzehnte transnational vernetzt, illegale und
34 weitreichende Finanzstrukturen aufgebaut, Menschen bedroht, verletzt und
35 ermordet.

36 Langsam, aber sicher kommt es zu einem Umdenken im Kampf gegen den
37 Rechtsextremismus. Aus den strukturellen Fehlern der Vergangenheit müssen die
38 richtigen Lehren gezogen werden. Wir unterstützen unsere rheinland-pfälzischen
39 Sicherheitsbehörden auf diesem Weg und stehen für ein konsequentes Vorgehen

40 gegen Rechtsextremist:innen. An den Punkten, an denen die Sicherheitsbehörden
41 aktuell auf große Hindernisse in ihrer Arbeit treffen, setzen wir uns dafür ein,
42 diese wohlbedacht zu korrigieren.

43 Hass als Geschäftsmodell unterbinden

44 Verfassungsfeinde erwirtschaften – teilweise illegal – exorbitante Finanzmittel,
45 die sie für ihren ideologischen Kampf gegen unsere Demokratie einsetzen. Für uns
46 ist klar: Hass darf kein Geschäftsmodell sein. Wir setzen daher auf eine bessere
47 Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Finanzbehörden. Es ist an der
48 Zeit, ähnlich wie im Bereich der Organisierten Kriminalität, eine "Follow the
49 Money"-Strategie gegen Rechtsextremismus zu etablieren.

50 Dafür schlagen wir eine temporäre Task-Force gegen rechtsextreme
51 Finanzierungsnetzwerke vor. In dieser Task-Force sollen die beteiligten
52 Behörden, also das Landeskriminalamt, die Staatsanwaltschaften, die Finanzämter,
53 der Zoll und das Landesamt für Verfassungsschutz, zusammenkommen, um gemeinsam
54 Strukturermittlungsverfahren gegen die rechtsextreme Szene zu bearbeiten und die
55 gegenseitige Sensibilisierung und Kommunikation voranzutreiben.

56 Demokratiefeinde aus dem Staatsdienst entfernen

57 Rechtsextreme und Demokratiefeinde lehnen die freiheitliche-demokratische
58 Grundordnung ab. Wir dürfen diese Personen daher nicht im Staatsdienst
59 akzeptieren und müssen eine Unterwanderung unserer Behörden konsequent
60 unterbinden. Disziplinarverfahren, mit denen Extremisten aus dem
61 Beamtenverhältnis entfernt werden sollen, ziehen sich oft über mehrere Jahre. In
62 dieser Zeit erhalten diese Personen weiterhin einen Großteil ihrer Bezüge. Um
63 langwierige Verfahren zu verhindern, müssen Disziplinarmaßnahmen gegen
64 Extremisten im Staatsdienst schneller ausgesprochen werden können. Es ist daher
65 an der Zeit, dass Rheinland-Pfalz dem Beispiel der Bundesregierung folgt und das
66 Landesdisziplinargesetz entsprechend ändert.

67 Das Netz nicht mehr Nazis überlassen

68 Soziale Medien, große Handels- und Spiele-Plattformen haben unser Leben
69 verändert. Neben positiven Effekten dienen sie jedoch auch als
70 Brandbeschleuniger für Hass und Hetze, der Verbreitung rechtsextreme
71 Devotionalien und rechtsextremer Desinformation. Insbesondere junge User*innen
72 werden mit rechtsextremem und hasserfülltem Content regelrecht überschüttet.

73 Zahlreiche Regulierungsschritte wurden schon unternommen. Es gilt, den Druck auf
74 nationaler und europäischer Ebene auf die Plattformbetreiber weiter zu erhöhen,
75 ihren gesetzlichen und selbst gegebenen Verpflichtungen tatsächlich nachzukommen
76 und regulierende Strukturen, wie zum Beispiel Plattformräte, die als öffentlich-
77 demokratische Kontrollinstanz für Social-Media-Plattformen fungieren können, zu
78 etablieren.

79 Mit Projekten wie „Scroll nicht weg“ steigern wir zudem die digitale
80 Zivilcourage im Netz und empowern Menschen im Netz dagegen zu halten, wenn ihnen
81 Hass und Hetze begegnen. Denn auch im Netz ist jetzt zivilgesellschaftliches
82 Engagement notwendig, um unser freiheitliches und vielfältiges Leben zu
83 erhalten.

84 Politische Bildung und die organisierte Zivilgesellschaft stärken

85 Eine selbstbewusste und wehrhafte Demokratie funktioniert nicht ohne eine
86 starke, organisierte Zivilgesellschaft. Rechtsextreme Akteur:innen wissen das
87 und versuchen daher die Zivilgesellschaft einzuschüchtern, gezielt zu schwächen
88 und zu diffamieren. Wir sehen es daher als intrinsische Aufgabe des Staates an,
89 demokratische und antifaschistische Strukturen nachhaltig zu stärken. Wir
90 brauchen die starke Zivilgesellschaft, die on- und offline rechtem Hass
91 widerspricht. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin vehement für eine baldige
92 Verabschiedung des Demokratiefördergesetzes ein.

93 Die Förderung von Demokratiebildung und einer demokratischen, weltoffenen
94 Haltung in der Gesellschaft für mehr Toleranz und ein friedliches Miteinander
95 ist ein zentrales Anliegen der politischen Bildung. Die Landeszentrale für
96 politische Bildung leistet dabei einen wichtigen Beitrag bei der
97 außerschulischen Bildung. Darüber hinaus stärken wir die Gedenkarbeit und
98 Demokratiebildung in den Schulen. So sollen z.B. alle Schüler*innen im Laufe
99 ihrer Schulzeit ein ehemaliges Konzentrations- bzw. Vernichtungslager der NS-
100 Diktatur besuchen, um für die historische Verantwortung Deutschlands
101 sensibilisiert zu werden. Wir setzen uns dafür ein, die Verbrechen der NS-
102 Diktatur und die Rolle von Rheinland-Pfalz weiter konsequent aufzuarbeiten.
103 Demokratie lebt aber vor allem von Teilhabe. Wir halten daher weiterhin an
104 unserem Ziel fest, das Wahlalter 16 bei Landtags- und Kommunalwahlen
105 einzuführen.

106 Engagierte und Betroffene besser schützen

107 Für die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist die Bekämpfung von Rassismus und
108 die Unterstützung von Betroffenen zentral. Wir unterstützen die zahlreichen
109 Projekte und Beratungsstellen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus,
110 Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
111 engagieren.

112 Menschen, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie einsetzen, seien es
113 Mandatsträger:innen, Journalist:innen oder Ehrenamtliche in den Kommunen, müssen
114 durch unseren Staat besser geschützt werden. Wir setzen uns daher auf
115 Bundesebene für eine Reform des Melderechts ein. Damit wollen wir
116 Auskunftsperren für alle Bedrohten deutlich erleichtern. Auf Landesebene
117 streben wir eine Reform der Landeswahlordnung an, womit wir die Veröffentlichung
118 der Privatadressen von Kandidierenden verhindern wollen.

119 Und schließlich brauchen wir für Bürger:innen vor Ort in den Städten und im
120 ländlichen Raum vertrauensvolle Ansprechpartner:innen, um schnell auch auf
121 schwierige Situationen im Zusammenhang mit allen Formen gruppenbezogener
122 Menschenfeindlichkeit reagieren zu können. Hier können auch die Kommunen vor Ort
123 einen Beitrag leisten.

124 Rechtsextreme konsequent entwaffnen

125 Der Waffenbesitz von Rechtsextremen stagniert weiterhin auf einem bedenklich
126 hohen Niveau. Über 100 Rechtsextremisten, Reichsbürger und Deligitimierer in
127 Rheinland-Pfalz besitzen eine waffenrechtliche Erlaubnis. Um die 400
128 Schusswaffen befinden sich in den Händen von gefährlichen Extremisten. Jede
129 davon ist eine zu viel.

130 Wir setzen uns daher für eine Verschärfung des Waffenrechts ein. Momentan darf
131 der Verfassungsschutz den Waffenbehörden beispielsweise keine über fünf Jahre

132 alten Erkenntnisse über Extremisten mitteilen. Wichtige Erkenntnisse, die auf
133 eine Unzuverlässigkeit im Sinne des Waffenrechts hinweisen können, fallen
134 dadurch durchs Raster. Das muss sich dringend ändern. Außerdem braucht es eine
135 engere Zusammenarbeit zwischen Kontrollbehörden, Polizei und Verfassungsschutz
136 zum Widerruf der Waffenerlaubnis und dem Einzug von Waffen. Und schließlich
137 sollen Rechtsextreme in Zukunft nicht mehr auf Schießständen üben dürfen.

138 Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie beweisen

139 Ein zentrales Ziel der AfD und eine entscheidende Voraussetzung ihres Erfolgs
140 ist die Verschiebung von Normalitätsstandards. Als demokratische Politiker:innen
141 werden wir uns nicht daran beteiligen, Werte und Normen zu verschieben oder gar
142 von der AfD zu übernehmen. Wir werden unsere demokratischen Grundhaltungen und
143 den politischen Diskurs auch sprachlich bewahren. Dabei erwarten wir einen
144 breiten Schulterschluss aller demokratischen Kräfte.

145 Die AfD ist der parlamentarische Arm der extremen Rechten und eine Gefahr für
146 unsere Demokratie. Die rheinlandpfälzische AfD ist nicht zu unterschätzen. Sie
147 hat klare Verbindungen in ein tief rechtsextremistisches und gewaltbereites
148 Milieu und hat sich in den vergangenen Monaten weiter radikalisiert. Strukturen
149 und personelle Überschneidungen mit rechtsextremen Burschenschaften und
150 Gruppierungen sind nicht zu übersehen. Unsere Demokratie ist wehrhaft und sieht
151 Instrumente vor, um gegen diese Feinde der Demokratie vorzugehen. Wenn die
152 rechtlichen Voraussetzungen für diese Instrumente vorliegen, müssen sie
153 angewandt werden. So haben es die Väter und Mütter des Grundgesetzes uns als
154 Lehre aus der NS-Zeit mitgegeben.

Unterstützer*innen

Johannes Kobiela (KV Mainz); Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen); Katrin Eder (KV Mainz); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Maik Krüger (KV Mayen-Koblenz); Rebecca Stallbaumer (KV Mayen-Koblenz); Verena Örenbas (KV Ahrweiler); Kim Theisen (KV Koblenz); Benita Marker (KV Mayen-Koblenz); Torsten Materna (KV Südl. Weinstraße); Irmel Münch-Weimar (KV Speyer); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Natascha Lentjes (KV Mayen-Koblenz); Angela Seip (KV Mainz); Hans-Uwe Daumann (KV Ludwigshafen); Sebastian Hebler (KV Mainz); Nils Wiechmann (KV Mayen-Koblenz); Fabian Ehmann (KV Mainz); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich); Michael Lichter (KV Trier); Helen Prats-Baumann (KV Landau); Natalie Wendisch (KV Ahrweiler); Michael Böhm-Udelhoven (KV Mainz); Sophie Fink (KV Mainz); Shakeela Stark (KV Südliche Weinstraße); Tobias Grabowski (KV Mainz-Bingen); Natalie Cramme-Hill (KV Trier); Paul Bunjes (KV Kaiserslautern); Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm); Anna Neuhof (KV Altkirchen); Shiva Shafahi (KV Mainz); Lisett Stuppy (KV Donnersberg); Judith Klaes (KV Neuwied)

F-1 Anpassung des Gehaltes für den Geschäftsführenden Vorstand ab 01.01.2025

Gremium: Landesfinanzrat
Beschlussdatum: 02.03.2024
Tagesordnungspunkt: 5. Finanzen

Antragstext

- 1 Wir beantragen hiermit die Vergütung des am 07.12.2024 neugewählten
- 2 Geschäftsführenden Landesvorstandes (GeVo) mit Wirkung zum 01.01.2025, dem
- 3 Beschluss der LDV vom 17.12.2022 folgend, das Gehalt der GeVo entsprechend an
- 4 die dann aktuelle Abgeordnetendiät abzüglich des regulären
- 5 Mandatsträgerbeitrages (MTB) von 16,5% anzupassen.
- 6 Wie vormals vorgeschlagen empfehlen wir von der Berechnungsbasis (siehe
- 7 Beispieltabelle unten) 75% für die Landesvorsitzenden bzw. 65% für die*den
- 8 Landesschatzmeister*in.

Begründung

Auf der LDV am 17.12.2022 in Mainz hat die Delegiertenversammlung [beschlossen](#), die Vergütung des Geschäftsführenden Landesvorstandes mit Wirkung zum 01.01.2023 so zu gestalten, dass dessen Mitglieder differenziert in Anerkennung ihrer Verantwortung und ihres Aufwands für die Partei adäquat vergütet werden.

Es soll keine automatischen jährlichen Erhöhungen der GeVo-Gehälter geben. Über zukünftige Anpassungen und Mechanismen soll der Landesfinanzrat beraten und satzungsgemäß (§14 Abs.1) rechtzeitig zur letzten LDV vor der turnusgemäßen Wahl des Geschäftsführenden Vorstands einen Beschlussvorschlag zur Gehaltsanpassung vorlegen. Ziel ist zukünftig eine angemessene Vergütung für die wichtige Arbeit des Geschäftsführenden Landesvorstands und somit eine Kontinuität und Stabilität für den rheinland-pfälzischen Landesverband zu erhalten.

Zur Winter-LDV (Ort aktuell noch in Klärung) am 07./08.12.2024 finden turnusgemäß Vorstandsneuwahlen statt. Somit ist der Landesfinanzrat jetzt gemäß Beschluss in der Pflicht, zur LDV am 20.04.2024 in Lahnstein einen Vorschlag zur Regelung des künftigen Vorstandsgehältes vorzulegen.

Berechnungsbeispiel anhand der MdL-Diät im Jahr 2024:

Diät Abgeordnete in 2024: 7.963,29 €

MTB 16,5%: 1.313,94 €

Basis zur Berechnung des LaVo Gehältes: 6.649,35 €

Gehalt Landesvorsitzende = 75% von Basis: 4.987,01 €

Gehalt Landesschatzmeister*in = 65% von Basis: 4.322,08 €

F-2NEU Einführung Sonderbeiträge Bezirkstag Pfalz

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 09.04.2024
Tagesordnungspunkt: 5. Finanzen

Antragstext

- 1 In die Finanzordnung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz wird unter C.
- 2 Beiträge ein neuer Punkt 5 eingefügt:
- 3 (5) Sonderbeiträge Bezirkstag Pfalz
- 4 Die Höhe der monatlichen Sonderbeiträge beträgt für alle Abgeordneten des
- 5 Bezirkstages Pfalz, Mitglieder des Bezirkstagsvorstands und der GRÜNEN
- 6 Mitglieder in dessen Ausschüssen 10% der jeweiligen Entschädigungen. Von den
- 7 Entschädigungen aus Tätigkeiten in Aufsichtsräten werden ebenfalls 10% als
- 8 Beitrag gezahlt.
- 9 Die Zahlung der Sonderbeiträge ist fällig ab Annahme des Mandats bzw. Übernahme
- 10 des Amtes. Im Falle von Erhöhungen von Entschädigungen im Laufe der Wahlperiode
- 11 erfolgt eine automatische Anpassung. Der Einzug der Sonderbeiträge erfolgt
- 12 monatlich über die Landesgeschäftsstelle des Landesverbandes BÜNDNIS 90/DIE
- 13 GRÜNEN Rheinland-Pfalz im Auftrag des Landesvorstandes. Zur Vereinfachung der
- 14 Zahlung wird ein Nachlass von drei Prozent auf den monatlich zu zahlenden
- 15 Sonderbeitrag gewährt, wenn der oder die Beitragszahler*in einer
- 16 Einzugsermächtigung zustimmt.
- 17 Der Landesfinanzrat nimmt die Entwicklungen der Beitragszahlungen als
- 18 regelmäßigen Bericht der*des Landesschatzmeister*in zur Kenntnis.
- 19 Im Falle von erheblichen Abweichungen bzw. Nichtleisten von Zahlungen wird drei
- 20 Monate nach Zahlungsverzug an den Landesfinanzrat berichtet.
- 21 Persönlichkeitsrechte und der Datenschutz sind dabei zu wahren. Sollte eine
- 22 Einigung nicht zustande kommen, wird die Angelegenheit dem Landesfinanzrat zur
- 23 Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Sollte auch mit dem Landesfinanzrat
- 24 eine Einigung nicht zu erreichen sein, wird die Angelegenheit der
- 25 Landesdelegiertenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Begründung

Ziel der Aufnahme der GRÜNEN Mitglieder, die im Bezirkstag, seinen Organen und von ihm beschickten Gremien arbeiten und Entschädigungen erhalten in die Beitragsordnung des Landesverbands ist es, die Finanzierung des Wahlkampfes für die Bezirkstagswahl und deren Vorbereitung in Zukunft finanziell verbindlicher zu regeln.

Die aktuelle Finanzordnung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz, letzte Änderung durch die LDV in Idar-Oberstein am 12. März 2022, findet sich hier: <https://wolke.netzbegruenung.de/s/bDaEtqxnQyGnqZg>.

Änderungen in F-2NEU zu F-2: Mit dem Ziel, das Verfahren für die Landesgeschäftsstelle zu vereinfachen, wurden die Sonderabgaben auf Sitzungsgelder gestrichen.

Das Sitzungsgeld beträgt lt. Hauptsatzung von 2019 50 € pro Sitzungsteilnahme. Um hierauf 10% zu berechnen, müsste jeden Monat von der Landesgeschäftsstelle nachgehalten werden, wer wann teilgenommen hat. Das steht in keinem Verhältnis zum Aufwand.

Laut Hauptsatzung von 2019 erhalten die Mitglieder des Bezirkstags eine regelmäßige monatliche Entschädigung von 150 €, Fraktionsvorsitzende 400 €, Mitglieder des Bezirksausschusses zusätzlich 100 € und stellvertretende Vorsitzende des Bezirkstags lt. § 16 KomAEVO bis zu 1.181 € monatlich.

Für die neue Wahlperiode kann mit höheren Aufwandsentschädigungen gerechnet werden.

Außerdem wurde eingefügt, ein Nachlass von drei Prozent auf den monatlich zu zahlenden Sonderbeitrag zu gewähren, wenn der oder die Beitragszahler*in einer Einzugsermächtigung zustimmt. Dieses Verfahren entspricht den Regelungen der Sonderbeiträge der Landtagsabgeordneten und dient der Vereinfachung der Zahlung.